

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Er scheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaarte Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 2. August 1930

34. Jahrgang

Nummer 31

Preußens Steinarbeiter im Jahre 1929

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1929 enthält wieder eine Reihe von Angaben, die für die Steinarbeiter nicht ohne Belang sind, weil sie Vorgänge aus deren Berufsleben zur Darstellung bringen. Hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten lauten aus mehreren Teilgebieten die Nachrichten sehr ungünstig. So heißt es von den Steinbrüchen des Liegnitzer Bezirks, daß sie sämtlich durch die große Kälte des vergangenen Winters zum Erliegen kamen, was für 7000 Arbeiter gezwungene Erwerbslosigkeit bedeutete. Die Granitsteinbrüche hatten dann im Sommer eine kurze Belebung des Abzuges, um alsbald wieder zur Entlassungen überzugehen. Kurzarbeit war auch in der magdeburgischen Steinbruchsindustrie. Die einst blühende Steingewinnung bei Gommern litt erst unter dem langen, strengen Winter, sodann unter dem niedrigen Wasserstand der Elbe, der kaum noch Verlademöglichkeit bot, und endlich unter verhängnisvollem Abzugsangel, da die Gemeinden keine Aufträge erteilten. Hunderte von Arbeitern wurden erwerbslos oder mußten kurzarbeiten. Einen gewissen Ausgleich boten jedoch die im Kreise Neuhaldensleben entstandenen neuen Brüche, die unter günstigeren Bedingungen arbeiten konnten.

Und genau so ungünstig lauten die Nachrichten aus dem Westen des Freistaates Preußen. Die oberbergische Pflastersteinindustrie stand nämlich, so heißt es in dem Bericht für den Bezirk Köln, unter besonders ungünstiger Wirtschaftslage, die infolge der lang andauernden strengen Kälte und der fast gänzlichen Störung des Abzuges eine in diesem Umfange nie gekannte Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatte. Die von der Regierung angeordneten Kreisen eingeleiteten Maßnahmen, die darauf abzielten, bei der Verteilung der öffentlichen Aufträge der Lage des Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen, haben es jedoch nicht zu verhindern vermocht, daß am Jahresluß die für das Oberbergische Land so bedeutungsvolle Steinbruchsindustrie fast gänzlich zum Erliegen gekommen war.

Der Großteil der preussischen Steinarbeiterschaft entfiel auf Großbetriebe, d. h. Unternehmen mit 50 und mehr Personen. Der Gewinn und groben Bearbeitung von natürlichen Gesteinen (einschließlich Kalkstein) dienten 343 Großbetriebe mit 34 623 männlichen Arbeitern über 16 Jahre, 683 14- bis 16jährige und — leider — 3 Schülern unter 14 Jahren. Weibliche Arbeitskräfte über 16 Jahre waren darin 317, unter 16 Jahren 6 vorhanden. Die Gesamtbelegschaft bezifferte sich mithin auf 35 632, wozu noch 1319 Angestellte kommen. Der feinen Steinbearbeitung hatten sich 43 Großbetriebe zugewandt. In ihnen schafften 3692 erwachsene männliche Arbeiter, 126 14- bis 16jährige und 2 Schülern unter 14 Jahren. Weibliche waren darin tätig 237 über 16 Jahre und 6 unter 16 Jahren. Insgesamt also 4063 Arbeitskräfte, wozu 664 Angestellte kommen.

Die Mittelbetriebe von 5 bis 50 Arbeiternehmer überwiegen zwar an Zahl gegenüber den Großbetrieben, doch ist die Belegschaftsstärke bei ihnen eine geringere. Es gab in Preußen Betriebe zur Gewinnung und groben Bearbeitung von natürlichen Gesteinen einschließlich der Kalksteinindustrie 1339 Betriebe mit 20 454 Arbeitern über und 419 zwischen 14 und 16 Jahren; 121 weibliche Arbeiter über 16 Jahre kommen hinzu, so daß die Gesamtzahl 20 994 betrug, wozu 943 Angestellte traten. Der feinen Steinbearbeitung dienten 554 Mittelbetriebe, in denen 5496 Arbeiter über 16 Jahre, 492 zwischen 14 und 16 Jahren, 244 weibliche Arbeiter über 16 und 12 zwischen 14 und 16 Jahren tätig waren. Der Gesamtzahl von 6244 sind noch 601 Angestellte beizuzählen.

Diese Zahlen sind — genau wie die zuvor angeführten Berichte über die Arbeitslage — nur gewissermaßen als Stichproben zu bewerten. Ist doch der maßgebende Tag für ihre Feststellung, der 10. Oktober, schon in der beginnenden späten Jahreszeit gelegen, so daß er manche Arbeitsstätten nicht mehr im Betrieb erfaßt. Immerhin ist, namentlich in bezug auf die Alters- und Geschlechtergliederung, anschauliches Material damit zusammengestellt, das belangreiche Rückschlüsse zu ziehen gestattet.

Ist auch die Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Steingewerbe unter dem Druck der ungünstigen Wirtschaftslage zurückgegangen, so ist leider noch immer die

Zahl der Betriebsunfälle

groß. Besonders bitter ist dabei, daß es keineswegs regelmäßig um ein Warten unabwendbaren Schicksales sich handelt, vielmehr leider viel zu oft eine Fahrlässigkeit des Verunglückten selbst oder von Arbeitskollegen im Spiele gewesen sind. Im einzelnen sind in dem Gewerbebericht erwähnt: Im Bezirk Königsberg kam ein Kolonnenführer dadurch zu Tode, daß ein Dreißiger, mit dem Findlinge verladen wurden, umstürzte. Leider sind wieder die schlesischen Steinarbeiter mit mehreren tödlichen Unfällen in der Verlustliste vertreten. So setzten sich in einem Basaltwerk des Liegnitzer Bezirks beim Belegen einer losen Abdecke die Felsmassen plötzlich waagrecht in Bewegung. Zwei Brucharbeiter wurden mitgerissen. Während es dem einen Arbeiter gelang, das Sicherheitsseil zu durchschneiden und auf der anderen Seite des Erdrutsches festen Boden zu gewinnen, konnte der andere sich zu einer Preisgabe des Seiles nicht entschließen und versuchte, die weitere Strecke zu den Befestigungspunkten der Seile zurückzulegen. Auf dem Wege dahin wurde er von mehreren großen Steinen getroffen.

In einem Steinbruch Oberschlesiens explodierte beim Ausbrechen und Abräumen von Gestein Schwarzpulver infolge Reibung. Von fünf Sprengschüssen, teils mit Ammonit, teils mit Schwarzpulver, war der fünfte durch den elektrischen Zünder nicht ausgelöst und in einer gerissenen Lasse sitzengelieben. Nach der Sprengung hatte der Schießmeister angenommen, daß alle Schüsse abgegan wären.

Im Regierungsbezirk Magdeburg stürzte ein Meister in einem Steinbruch dadurch tödlich ab, daß er sich entgegen der Vorschrift nicht angeheilt hatte.

Ein Arbeiter verunglückte in einem Steinbruch des Bezirks Münster tödlich, weil ein Sprengstoffkasten, der noch einige Dynamitpatronen und Sprengkapseln enthielt, plötzlich explodierte. Der Sprengstoffkasten war von dem Schießmeister, der in kurzer Entfernung davon an einer Ladestelle beschäftigt war, in die Nähe der Arbeitsstelle des Getöteten gestellt worden. In einem unbeobachteten Augenblick muß sich der Verunglückte unberechtigterweise an dem Kasten zu schaffen gemacht haben und den Sprengstoff zur Entzündung gebracht haben.

In einem anderen Steinbruch wurde ein Schießmeister, der mit Reifelschießen beschäftigt war, durch einen zu früh losgegangenen Sprengschuß leicht verletzt. Angeblich soll die 1½ Meter lange Zündschnur zu schnell abgebrannt sein, so daß sich der Schießmeister nicht mehr in Deckung bringen konnte. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist aber als Ursache der Frühzündung anzunehmen, daß eine kürzere Zündschnur verwendet und der bereits angezündete Schuß erst in das Bohrloch eingeführt wurde, oder daß nach dem vorangegangenen Schuß nicht lange genug mit der Besetzung gewartet wurde.

Der Kasseler Bericht meldet, daß der Bruchmeister eines Steinbruchs Sprengarbeiten von einem Arbeiter hatte ausführen lassen, der nicht zum Besitz von Sprengstoffen berechtigt war; diese Unvorsichtigkeit hat einem Menschen das Leben gekostet. Der Bruchmeister wurde dann zu einem Monat Gefängnis verurteilt — doch ward damit das tragische Geschehen nicht in seiner Auswirkung gemindert.

Ein Steinbrucharbeiter des Wiesbadener Gebiets fuhr trotz des Verbotes in dem Kibel einer nur der Beförderung von Lasten dienenden Drahtseilbahn zu Tal und verunglückte dabei.

Massenunfälle trugen sich im Bezirk Koblenz zu. In Steinbrüchen kamen fünf Mann zu Tode durch herabstürzendes Gestein aus der Bruchwand oder dem Haufwerk. Soweit Strafverfahren eingeleitet wurden, führten sie in keinem Falle zur Bestrafung, da ein Verschulden Dritter nicht nachgewiesen werden konnte.

Die schlimmste Strafe in solchen Fällen, so fügen wir hinzu, muß freilich das bittere Gefühl sein, irgendwie an dem Tode oder dem Siechtum eines Mitmenschen, wenn auch nicht juristisch, so doch in dem inneren Zusammenhang, mitgewirkt zu haben. Von der inneren Stimme, die mahndend und anklagend dennoch lebendig bleibt, kann kein Richterpruch mit seinem so oft nur dem Zufall entstammenden Ja oder Nein in der Schuldfrage befreien! Deshalb ist auch hier Vorwors unter diesem ethisch-sittlichen Gesichtspunkte die beste Maßnahme gegen die Unfallgefährdung.

Ueber die

Unfallverhütung

bring der Bericht folgendes:

Die Gewerbeaufsichtsbehörde Stettin-Stralund mußte wiederholt feststellen, daß die Ausbildung der Personen, die sich erstmalig um die Ausstellung eines Sprengstofflaubnscheines bewarben, außerordentlich mangelhaft war. In zahlreichen Fällen ergaben die Prüfungen ein solch erstaunliches Maß von Unkenntnis, daß die übliche Befangenheit der Prüflinge als Erklärung nicht mehr ausreichte. Auf Befragen gaben einzelne Prüflinge an, daß ein ordnungsmäßiger und gründlicher praktischer und theoretischer Unterricht überhaupt nicht stattgefunden habe. Die Gefahren, die infolge dieser mangelhaften Ausbildung dem Bewerber selbst, seinen Mitarbeitern und darüber hinaus der Allgemeinheit drohen, liegen auf der Hand. In Erkenntnis dieser Gefahren hat der Gewerberat gemeinsam mit den technischen Aufsichtsbeamten der Steinbruchs- und Tiefbauberufsgenossenschaft einen Sprengkursus abgehalten, an dem 33 Personen teilnahmen. Die Teilnehmer waren vorwiegend Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus Kreidbrüchen, ferner einige Landwirte und Tiefbauarbeiter und schließlich noch fünf Landjäger und Polizeibeamte. Der Kursus dauerte drei Tage und umfaßte sowohl eingehenden theoretischen als auch praktischen Unterricht. Der Erfolg des Kursus muß als gut bezeichnet werden. Des weiteren sei auch erwähnt, daß bei der Verwendung von Schwarzpulver immer noch höchst leichtsinnig verfahren wird. Die gelegentlich der Unterstützung eines auf diese Weise verursachten Unfalles angestellten Ermittlungen boten Anlaß, eine große Zahl von Arbeitern der fraglichen Gegend über die Gefahren des Schwarzpulvers zu belehren und über die erforderlichen Verhaltensmaßregeln bei seiner Verwendung ausführlich zu unterrichten.

Auch die Königsberger Gewerbeaufsichtsämter hielten im Frühjahr und im Herbst gemeinsam mit den Beauftragten der Tiefbau- und der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft erfolgreiche theoretische und praktische Sprengmeisterkurse ab, die guten Zuspruch fanden.

Ein Steinbruch des Magdeburger Bezirks legte eine pneumatisch betriebene Heulsirene an, da die zur Warnung dienenden Hornsignale beim Sprengen nicht überall gehört wurden. Die Kasseler Behörde mußte wiederholt die Anfälle in Steinbrüchen rügen, daß auf der Abraumsohle loses Gestein unmittelbar am Rande der Bruchwand liegen gelassen oder gar aufgestapelt war. Die Kammersprengungen in den Basaltbrüchen — in einem Falle mit 134 Zentner Sprengstoff — verliefen dort ohne besondere Zwischenfälle. Unzulässige Sprengstoffaufbewahrung im Arbeiteraufenthaltsraum wurde in drei Fällen festgestellt; einem Steinbruchpächter wurde dieserhalb der Sprengstofflaubnschein entzogen.

Auch im Trierer Bezirk ergab gerade die Ueberwachung des Sprengstoffwesens vielfach Beanstandungen, insbesondere bezüglich unvorschriftsmäßiger Lagerung der Sprengstoffe. Zwei Personen wurde der Sprengstofflaubnschein entzogen; der eine hatte Schüsse nicht abgedeckt und nicht für ausreichende Absperrung gesorgt, der andere hatte in einem Aufenthaltsraume Sprengstoffe in einer unverschlossenen Kiste und Sprengkapseln in einer offenen Tischschublade aufbewahrt.

Im Koblenzer Bezirk wurden wegen Vergehens gegen Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen in fünf Fällen sieben Strafverfahren gegen elf Personen veranlaßt. Ein Verfahren endete mit der Verurteilung eines Bauführers zu drei Monaten Gefängnis, weil er ohne Sprengstofflaubnschein Sprengungen ausgeführt hatte. Vier Verfahren wurden eingestellt, während zwei noch schweben. Zwei Sprengstofflaubnscheine wurden wegen Unzuverlässigkeit der Inhaber eingezogen.

Obgleich die Zahl der verschiedenen Arten von Schußkräften erheblich groß ist, ist noch keine Brille bekannt, die von den Arbeitern gern getragen wird und gleichzeitig einen ausreichenden Augenschutz bietet. Bei den Rippen der Pflastersteinbetriebe haben Schutzbrillen mit großen, runden und flachen Gläsern am meisten Anklang gefunden.

In den Basaltwerken des Liegnitzer Bezirks gestaltete sich bisher die Beseitigung des Splittstaubes besonders schwierig; weil aber die Abnehmer immer mehr Wert auf möglichst staubfreien Splitt legen, sehen sich die Unternehmer jetzt auch aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, der Staubbeseitigung die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Dies hat dazu geführt, daß nunmehr einwandfreie Entstaubungsanlagen für Splittaufbereitungswerke zur Ausführung kommen. Ueber die nähere Sachlage berichtet Koblenz, die Entstaubung der Schotterwerke mache weitere Fortschritte, wobei allerdings die Einrichtungen zum Niederschlagen des abgeaugten Staubes noch nicht überall reiflos befriedigten.

Die Kammersprengungen haben durchgehends die Erwartungen der Steinbruchsbesitzer nur in beschränktem Umfange erfüllt. Es hat sich bei manchen Gesteinsarten herausgestellt, daß diese Art der Sprengung recht kostspielig und nicht immer ergiebig genug ist. Man kehrt daher vielfach wieder zu den früheren Sprengarten zurück. Vom Standpunkt des Unfallschutzes aus ist die Entwicklung nur zu begrüßen, da die Gefahrenquellen bei Kammersprengungen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen nicht unerheblich sind. Dies beweist auch der folgende Vorfall: In einem Basaltbrüche sollte die Ladung zweier Kammern auf elektrischem Wege entzündet werden. Die Detonation der Sprengladung erfolgte auch. Nach einem Vierteljahre stellte sich jedoch bei den Abraumarbeiten heraus, daß die eine der beiden Kammern noch völlig unversehrt war. Glücklicherweise wurde dies noch rechtzeitig bemerkt, so daß ein Unfall von unabsehbaren Folgen vermieden worden ist. Offenbar war der Impuls der Zündmaschine nicht kräftig genug, um die beiden hintereinander geschalteten elektrischen Zündungen gleichzeitig zur Auslösung zu bringen. Die Fehlzündung wäre vermieden worden, wenn man jede Kammer mit einer besonderen elektrischen Leitung und mit einer eigenen Zündmaschine versehen hätte.

Zum Schluß mag noch ein Fall aus dem Liegnitzer Bezirk Erwähnung finden, der eine ernste Seite hat. Wegen des Verkaufs von Alkohol ohne Konzession wurde dort ein Steinarbeiter bestraft, der ziemlich bedeutende Mengen Schnaps und Weinbrand bezogen und an seine Mitarbeiter mit Ausschlag abgesetzt hatte. Leider konnten die Hauptschuldigen, die liefernde Firma mit ihrem Vertreter, nicht zur Rechenschaft gezogen werden, die als treibende Kräfte aus niederer Gewinnlust das erfolgreiche Bestreben, scharfe Getränke von den Steinbruchsbetrieben fernzuhalten, zunichte zu machen suchten.

Sinein in den Wahlkampf!

Das deutsche Volk ist in der schwierigsten Wirtschaftslage berufen, das Reichsparlament neu zu wählen. Am 14. September soll es sich entscheiden, ob die wahlberechtigte Bevölkerung mit jenem Reichstag von 1928 einverstanden war oder nicht. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, daß der bevorstehende Wahlkampf mit einer Heftigkeit geführt werden wird, wie wohl keiner vor dem. Dieser Wahlkampf wird unter dem Zeichen des Klassenkampfes geführt werden. Noch niemals hat sich der Gegensatz zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden so drastisch gezeigt wie gegenwärtig. Millionen Menschen sind arbeitslos oder in ihrer Existenz bedroht. Das Daniederliegen der deutschen Wirtschaft fordert immer neue und größere Opfer. An der Unmöglichkeit, die Auswüchse der kapitalistischen Anarchie beseitigen zu können, ist die verflochtene Regierung letzten Endes gescheitert. So lange die außenpolitischen Schwierigkeiten nicht überwunden waren, hielt die große Koalition zusammen. Als der Youngplan endgültig abgeschlossen war und man daran gehen mußte, im Innern des Landes Ordnung zu schaffen, die Lasten des Krieges und der Wirtschaftverschlechterung zu verteilen, traten jene großen Widersprüche zutage, die in ihrer letzten Konsequenz zu den parlamentarischen Wirrnissen geführt haben.

Es gilt, von vornherein eine klare Linie in diesem Wirrwarr der politischen und wirtschaftlichen Fragen zu finden. Denn tagtäglich wir uns nicht: die Phrase und die skrupellose Agitation wird in diesem Wahlkampf Triumphe feiern. Es gibt leider Millionen Arbeiter und Angestellte, die im gegnerischen Lager stehen, von den Phrasen der anderen befallen sind und mit ihrer Stimme diese ungeliebten parlamentarischen Verhältnisse verewigen können. An die Unschlüssigkeiten und falsch Orientierten muß sich in erster Linie unsere Auffklärungsarbeit wenden und sie von der Notwendigkeit der eigenen Klassenlage zu überzeugen versuchen.

Warum ist der Reichstag aufgelöst worden? Die Regierung Brüning hatte sich zur Aufgabe gestellt, ohne die Sozialdemokratie mit Anschlag an die Rechte des Hauses eine Mehrheit zu finden. Es war ihm gelungen, Teile der Deutschnationalen zu sich herüberzuziehen. Der Rechten zuliebe wurden Steuererlässe gemacht, die sich in erster Linie gegen das arbeitende Volk auswirkten. Starke indirekte Steuern, wie die Biersteuer, Tabaksteuer, die Mineralwassersteuer, die Besteuerung der Konsumvereine und Warenhäuser, Erhöhung der Umsatzsteuer u. a. waren in erster Linie eingeführt worden, um eine stärkere direkte Besteuerung zu vermeiden. Singulär trat noch die Erhöhung des Beitragessatzes zur Arbeitslosenversicherung. Man hatte sich schließlich auch zu einer Erhöhung der Einkommensteuer bei einem Einkommen von über 8000 Mark bequemt, doch waren dies nur Verschönigungs-

mittel, um den Blick von der großen Belastung der arbeitenden Klasse abzuwenden zu können. Es trat noch hinzu, daß mit der indirekten Besteuerung bestimmte Interessengruppen Sonderprivilegien erhielten. So ist die Biersteuererhöhung in dem beabsichtigten Ausmaß zu einem Mittel geworden, den Brauereien und Gastwirten Hunderte von Millionen Sonderverdienste zu verschaffen. Das gleiche ist der Fall bei der Benzin- und Benzolsteuer, wo die dem Kraftwagenverkehr auferlegten Lasten nur zum Teil in die Reichskasse flossen. Bei der Tabaksteuer wurden den Zigarettenfabrikanten etwa 100 Millionen und dem Fabrikanten für Rauchtobak etwa 25 Millionen extra Gewinn zugeschanzt. Man kann die Liste der Sondergewinner bei der Steuerpolitik der Brüningregierung noch wesentlich vermehren. Alles dies geschah mit einer ausgesprochenen Front gegen die minderbemittelten Kreise. Trotzdem reichten diese außergewöhnlichen Zugeständnisse an die Reaktion nicht aus, um die Volkspartei und Teile der Deutschnationalen restlos für die Regierungspolitik zu gewinnen. Selbst als die Regierung sich entschloß, dem ungeliebten Steuerbuckel auch noch die Kopfsteuer hinzuzufügen, reichte all das nicht aus, um von dem Hugenbergblock genügend Stimmen abzuwickeln. Bei dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, die Notverordnungen aufzuheben, wurde dieser Antrag mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Für diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und der Teil der Deutschnationalen, der sich um Hugenberg schart. 10 Stimmen mehr für die Regierung aus dem Hugenberglager hätten die Auflösung des Reichstages in diesem Augenblick verhindern können. Auf die Dauer jedoch wäre der Appell an das Volk nicht zu verhindern gewesen.

Staatsvoll oder Interessentenhaufen? Der Finanzminister der Brüningregierung hat am letzten Tage des Reichstags folgenden Satz gelaßen ausgesprochen: „Der Reichstag muß heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvoll sind oder ein Haufen von Interessenten!“ Dieser Satz sollte eine Warnung für die nicht zur Regierung gehörenden Parteien sein, keinen egoistischen Interessentstandpunkt zu vertreten. Dabei ist die ganze Politik der Regierung von Anfang an nichts anderes gewesen als Interessentpolitik. Bereits die oben aufgezählten Steuern deuten darauf hin, daß man ungütlich bemüht war, die Interessen der Bestehenden wahrzunehmen. Wie kann dies auch anders sein in einer Regierung, wo Parteien von der Art der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei das Jünglein an der Waage bilden? Um nur einiges herauszugreifen, so ist die Sonderbesteuerung der Konsumvereine und der Warenhäuser die Hilfe für die Großgärtner und die Einengung der Sozialpolitik ein Schutz von Interessenten, wie er krasser noch niemals in Erscheinung getreten ist. Der Finanzminister hätte an die eigene Brust schlagen müssen, als er den oben zitierten Satz pathetisch in den Saal rief. Daß die Sozialdemokratische Partei und die Vertreter der Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterklasse vertreten mußten, wenn auf der anderen Seite derartig einseitige Interessentpolitik gemacht wurde, das versteht sich von selbst.

Es geht um den Schutz der Sozialpolitik. Neben dem gekennzeichneten einseitigen Standpunkt der Regierung in der Steuerfrage war ihr Hauptmerkmal die Einstellung zu den Fragen der Sozialpolitik. Als die Regierung zustande kam, tobte gerade jener Denkschriftenkrieg, den der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände entfesselt hatten. In diesen Denkschriften forderten die Unternehmer mit aller Heftigkeit die Einschränkung der sozialpolitischen Errungenschaften. Vor allem waren es die sogenannten sozialen Lasten, denen man energisch entgegenzutreten vermeinte. Die Regierung Hermann Müller war ja auch wegen einer sozialpolitischen Maßnahme, nämlich der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der Beseitigung der sogenannten Auswüchse derselben gestürzt worden. Die Unternehmer sahen in der Regierung Brüning das Mittel, ihren Standpunkt in der Sozialpolitik zur Geltung bringen zu können. Sie hat sich dann auch eifrig bemüht, sich der Günst der Unternehmer würdig zu erweisen. Angefangen von dem Schiedspruch von Dornhausen begann jene große Offensive zu einer allgemeinen Kürzung der Löhne und Gehälter. Die Preisenkung, die damit einhergehen sollte und zur Ankurbelung der Wirtschaft gedacht war, läßt sich heute auf sich warten. Dies um so mehr, weil man die mächtigen Interessentenorganisationen wie die Kartelle und Trusts und unbehelligt ließ. Desto mehr ging man aber daran, die Sozialversicherungsinstitute in ihrer Wirksamkeit zu beschneiden und ihnen die finanziellen Mittel zu entziehen. Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, die sogenannte „Reform“ der Krankenversicherung, die Verkürzung der Zuschüsse für Invaliden und Wöchnerinnen u. a. m. lassen den reaktionären Einschlag der Brüningregierung sehr deutlich hervortreten. Sie hatte ein offenes Ohr für die Wünsche der Unternehmer und stellte sich taub, was ihr von Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie an begründeten Einwendungen entgegengehalten wurde. Die Regierung Brüning ist von einem Zentrumsabgeordneten einmal als die reaktionärste Regierung der Republik bezeichnet worden. Mit dieser Kennzeichnung hat der betreffende Zentrumsmann ins Schwarze getroffen.

Will die Arbeiterklasse ihre sozialpolitischen Interessen wahren und verteidigen, dann muß sie in breiter Front zur Sozialdemokratie stehen und jene Pläne zu verhindern suchen. Man täusche sich nicht: sie waren erst der Anfang zu der großen Offensive, die darin auslaufen sollte, die Errungenschaften nach dem Kriege vollständig zu

beseitigen. Der Ausgang der kommenden Wahlen wird das Schicksal der arbeitenden Klasse in der Zukunft mehr oder weniger bestimmen. Niemals war die Gelegenheit günstiger, politisch Abrechnung mit dem reaktionären Klüngel zu halten, als am 14. September 1930.

Soziale Kampftaktik in der Wirtschaftskrise

Gegenwärtig befinden wir uns in einem Konjunktural. Die Wirtschaftskrise tobt mit unheimlicher Gewalt. Die Reaktion nicht diese Zeiten und will alle Opfer dem wirtschaftlich Schwachen, dem Arbeiter, aufbürden. Die reaktionären Mächte der Arbeiterkraft haben sich mit denen im Staate verbündet, so daß die Arbeiterkraft, durch ihre Gewerkschaften vertreten, auf der ganzen Linie einen Abwehrkampf zu führen hat. Die dort geübte Kampftaktik soll uns im folgenden beschäftigen.

In Krisenzeiten vermindert sich der Warenabsatz, weshalb die Gewinne der einzelnen Unternehmungen zurückgehen. Der Aktionär aber will nicht nur gleichbleibende, sondern möglicherweise noch steigende Dividende. Deshalb fordert er gebieterisch Verminderung der Geschäftskosten, also Abbau der Löhne. Im Ziel ist sich dabei die wirtschaftliche Reaktion mit der politischen durchaus einig, nur in der Taktik erkennt man bei genauer Betrachtung eine Vielzahl von Wegen, die alle nach dem Kom des niedrigen Lohnes führen sollen. Wo noch Tarifverträge laufen, schiebt deren Unabdingbarkeit den Unternehmern einen Riegel vor. Der Ueberwindung dieses durch Gesetz geschaffenen Hindernisses gilt deshalb der erste Weg. Man stellt Stilllegungsantrag, der dann zur Durchführung gebracht werden soll, wenn die Löhne nicht reduziert werden. Die Belegschaft, vor die Alternative gestellt, gekürzten Lohn oder Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, wird das erste wählen. So spekuliert das Unternehmertum. Die christlichen Gewerkschaften helfen kräftig mit, die Nichtigkeit der Spekulation zu beweisen; sie raten zum ersten. Der Gedanke des Tarifvertrages, der ja gerade in Zeiten schlechter Konjunktur den wirtschaftlich schwachen Arbeiter schützen soll, wird dadurch zwar in sein Gegenteil gekehrt, aber die christlichen Gewerkschaften stören sich nicht an dieses Prinzip, und Stahlwerk Becker dringt durch. Alexanderwerk und andere folgen; denn das ist ja der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Die freigewerkschaftliche Kampfpatrie aber bleibt: Der Tarifvertrag ist unantastbar!

Der zweite Weg zur beabsichtigten Lohnsenkung führt über die Kündigung aller abgelaufenen Tarifverträge durch die Unternehmer. Dabei wird bei einem christlichen Gewerkschaftler als derzeitigen Reichsarbeitsminister — jetzt auf Abbruch — gern die Verbindlichkeitserklärung beantragt, obgleich man sonst das Schlichtungswesen in Grund und Boden verdammt. Wenn es um den Vorteil geht, sind Unternehmerverbände nie prinzipientreu. Und damit fahren sie gut, denn Stegerwald erklärt den Dornhäuser Lohnabschlagspruch für die westdeutsche Eisenindustrie für verbindlich. Die freien Gewerkschaften aber treten auf den Kampfplatz, in Mansfeld sowohl, als auch in den Betrieben der westdeutschen Schwerindustrie, wo ein nimmermattes Unternehmertum nicht nur um 7 1/2 Prozent, sondern um das Doppelte und Dreifache die Löhne kürzen will.

Der dritte Weg zu möglichst schnellem Lohnabbau auch dort, wo noch Verträge laufen, führt über die Politik. Die Deutsche Volkspartei, in der neben einigen christlich-antifeminitischen Handlungsgelhilfen die Vertreter der Schwerindustrie sitzen, erklärte dem von ihr gestellten Finanzminister folgendes: Eine Zustimmung der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion zu den neuen Deckungsvorlagen kann nur dann gegeben werden, wenn er sich bereit finde, dem Kabinett einen Gesetzentwurf vorzuschlagen, wonach alle noch laufenden Lohnverträge unverzüglich gekündigt werden können. Wenn es um den Profit geht, sind also auch die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei nicht mehr prinzipientreu. Sie verlangen einen Ausnahmezustand, wenn es der Schwerindustrie paßt, die dann wieder ihre Zeitungsschreiber gegen die Volkswirtschaft des öffentlichen Lebens zernagt, weil der Gedanke des Rechts, der Gedanke der Vertragstreue, der einen Eckpfeiler im Staatsleben bildet, im Schwenden begriffen sei. Mit dem Anfinnen an den Finanzminister aber hatte man sich verkalkuliert. Moldenhauer willigte nicht ein und büßte dafür mit dem politischen Tode. Ein Tod in Ehren, ein Tod für ein Rechtsprinzip? Wir wissen es nicht. Es kann auch sein, daß Moldenhauer ablehnte, weil er für einen derartigen Gesetzentwurf erst recht keine Reichstagsmehrheit zu finden glaubte. Diese Kombination hat vieles für sich. Jedenfalls ging es hier nicht so glatt, weil sehr viele Abgeordnete auch in den kommenden Reichstag gewählt werden wollen. Ihre Arbeiterwähler aber würden ihnen das übel vermehrt haben, und deshalb wurde dieser Angriff auf die Arbeitnehmerrechte nicht zur Tat, was zu danken ist dem parlamentarischen System. Sagt darüber, was ihr wollt, und redet von Artikel 48 soviel ihr wollt, als Gewerkschaftler wissen wir auch die unsichtbaren Auswirkungen der Demokratie zu schätzen, und genau so wie Anno 1920 beim Kapp-Putsch werden wir sie auch künftig zu verteidigen wissen, mit den Waffen, die wir für die jeweils wirksamsten halten. Jetzt aber rüsten wir für die Neu-

wahl des Reichstages, wobei wir in der Politik zeigen können, wo Bartel den Kofst holt.

In der Krisenzeit ist aber nicht nur der arbeitende Mensch das Objekt sozialreaktionärer Angriffe. Nein, auch der Arbeitslose, der Kranke und das hilfsbedürftige Familienmitglied, sie alle werden zum Gegenstand von Abbaumwünschen. Die vielen arbeitslosen Menschen, die die Wirtschaftskrise als Opfer fordert, können keine Einkommensteuer zahlen, und da sie entsprechend ihrem verminderten Einkommen weniger kaufen, gehen auch die Erträge aus der Umsatzsteuer zurück. Die Staatsausgaben aber wachsen. Und dann erschallt überall dort, wo man im persönlichen Leben das Sparen am wenigsten kennt, weil man es am wenigsten notwendig hat, der Ruf nach eigener Spararbeit im Staate. Wie er besetzt wurde, lehren folgende Beispiele: Die Reichszuschüsse zur Wöchnerinnenhilfe wurden von 30 auf 15 Millionen Mark reduziert, die Arbeitslosen erhalten weniger, und wenn ein Kabinettsmitglied, das auf die Hilfe von Arbeiterabgeordneten glaubt verzichten zu können, zu steuerpolitischen Maßnahmen oder zu Abschnitten am Etat die Zustimmung schwerindustrieller Parlamentsvertreter haben will, dann muß es ihnen als Gegenleistung eine „Entlastung an anderer Stelle“ versprechen. So ist es geschehen unter der Verwaltung des Reichsarbeitsministeriums durch den ehemaligen Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, durch Abbau der Kapfenleistungen für erkrankte Arbeiter. Das darf bei der Neuwahl nicht vergessen werden.

Das alles zeigt, daß Krisenzeiten für die Arbeiterkraft nicht nur Zeiten allerschwerster Bedrängnis, sondern auch Zeiten der Befinnung sind. Sie sind am besten geeignet, in weitestem Maße des schaffenden Volkes die Erkenntnis einzuhämmern, daß es bei diesem Unwetter nur ein schützendes Dach gibt, und das heißt: Freie Gewerkschaft. Es wird dieses um so dichter halten, je fester es verbaud ist auch im Politischen, denn auch von dort her hagelt es Angriff auf Angriff gegen die Lebensrechte der Arbeiterkraft, und die Wucht des Kampfes erfordert zu erfolgreicher Gegenwehr in jeder Beziehung gerüstete Kämpfer. F. V.

Zunahme der Arbeiterarmee

Das Statistische Reichsamt hat eine schätzungsweise Berechnung über die zahlenmäßige Entwicklung der Arbeiter in Deutschland von 1925 bis 1930 durchgeführt. Da die Berechnung auf durchaus sicheren Grundlagen ruht, so dürften die Ergebnisse, zumal sie für die Entwicklung des Arbeitsmarktes von großer Bedeutung sind, auch für die Arbeiter nicht ohne Interesse sein. Die letzte Berufszählung fand im Jahre 1925 statt, über die Entwicklung der Arbeiterzahl seit damals war nichts Genaueres bekannt. Man sprach von einer starken Zunahme, rechnete aber auch damit, daß infolge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre jetzt vorübergehend ein Stillstand in der Aufwärtsentwicklung eintreten werde. Auch läßt sich seit 1924 ein ganz allgemeiner Geburtenrückgang feststellen, so daß etwa von 1930 ab eine Verminderung der Arbeiterzahl zu erwarten sein wird.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes hat die Zahl der Arbeiter und Angestellten — die öffentlichen Beamten wurden nicht mitgezählt — von 1925 bis 1930 um 1 532 000 zugenommen. Die geschätzte Zahl der Arbeiter und Angestellten beträgt nach der Aufstellung des Statistischen Reichsamtes:

Jahr	Männer	Frauen	Zusammen
1925	13 365 000	6 195 000	19 560 000
1926	13 529 000	6 284 000	19 813 000
1927	13 857 000	6 437 000	20 294 000
1928	14 137 000	6 548 000	20 685 000
1929	14 392 000	6 589 000	20 981 000
1930	14 540 000	6 564 000	21 104 000
1931	14 609 000	6 470 000	21 079 000

Hieran ist bemerkenswert, daß die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten im Jahre 1931 wieder etwas zurückgeht, eine Folge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre. Das Statistische Reichsamt glaubt, daß in den nächsten Jahren mit einer annähernd gleichbleibenden Zahl von rund 21 Millionen Arbeiter und Angestellten gerechnet werden kann. Auffallend ist auch der Rückgang bei den Frauen. Im Jahre 1931 sollen rund 120 000 Frauen weniger erwerbstätig sein als 1929.

Schließlich kann es sich hier aber nicht darum handeln, ob diese Berechnung in allen Einzelheiten richtig ist oder nicht. Die Zunahme der Arbeiter ist nicht das Entscheidende, sondern die chronische Arbeitslosigkeit. Die kapitalistische Entwicklung läuft darauf hinaus, täglich kleine selbständige Existenzen zu vernichten. Schon daraus ergibt sich eine Vermehrung der Arbeiter und Angestellten. Es ist nicht richtig, die große Arbeitslosigkeit auf die zahlenmäßige Zunahme der Arbeiterarmee zurückzuführen. Arbeit ist auch für die rund 1,5 Millionen seit 1925 zugekommenen Arbeiter und Angestellten vorhanden. Die Zunahme der Bevölkerung bedingt gleichzeitig eine Bedarfsvermehrung. Es kann mehr produziert werden, und wenn die Bevölkerung kaufkräftig ist, wird auch mehr verbraucht. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus erfordert gerade die Volksvermehrung die Steigerung der Massentaufkraft und die Verkürzung der Arbeitszeit. So ergibt sich auch aus der Zunahme der Arbeiterzahl die Notwendigkeit, die Arbeitszeit im Sinne der Stocholmer Entschließung des Internationalen Gewerkschaftskongresses auf wöchentlich 44 Stunden zu kürzen. E. N.

Deutschlands Buchproduktion

Deutschland rangiert mit seiner Buchproduktion trotz Krieg und trotz wirtschaftlichen Niederganges immer noch an der Spitze aller Länder der Welt. In welchem ungleichem Verhältnis in Deutschland mehr Bücher gedruckt und gelesen werden, erhellt daraus, daß in den Jahren 1913 bis 1923 in Deutschland allein über 100 000 Bücher und Zeitschriften mehr erschienen sind, als in der gleichen Zeit in England, Frankreich, Italien und Vereinigten Staaten zusammen. Nachstehende Ziffern ergeben einen Ueberblick über die Produktion in den letzten Jahren:

	1929	1928	1925	1913
Reine Buchproduktion	27 002	27 494	31 595	35 078
Zeitschriften	7 307	7 116	6 127	?
Prozent Anteil der Zeitschriften an der Gesamtproduktion	21,3	20,4	19,4	?
Durchschnittspreis für ein Buch (in Mark)	6,19	5,62	4,78	4,07
Zahl der Verlage	3 486	3 481		
Gesamtzahl buchhändl. Betriebe	11 763	11 762		

Den Höhepunkt der reinen Buchherzeugung brachte das Jahr 1925. Seither ist ein ständiger Rückgang zu verzeichnen, der im Jahre 1928 besonders katastrophale Formen annahm. Die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitschriften ist dagegen noch immer im Steigen begriffen.

Als Beitrag zur Diskussion über die teuren Bücher sind in vorstehender Tabelle auch die Durchschnittspreise für das einzelne Buch mit angegeben. Die Ziffern weisen nach, daß der Buchpreis des Jahres 1929 um 52 Prozent über dem des Jahres 1913 liegt. Diese Preissteigerung entspricht im Verhältnis etwa der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung in Deutschland.

In nachstehender Tabelle sei noch der prozentuale Anteil einiger wichtiger Literaturgebiete an der Gesamtproduktion angegeben.

Jahr	Gesamtproduktion	Schöne Literatur	Wirtschafts- u. soz. Wissenschaft	Religionswissenschaft
1929	27 002	4 172	2 106	2 078
		15,45 Proz.	7,8 Proz.	7,7 Proz.
1928	27 494	4 494	2 026	2 088
		16,17 Proz.	7,3 Proz.	7,51 Proz.

Belehrbare, Unbelehrbare und Flegel

Auf einer Schulungswoche für Verkehrserziehung prägte kürzlich ein Redner die obengenannte Einteilung aller Wegebewerber. So wohl unter Automobilisten wie unter Radfahrern und Fußgängern gibt es diese drei Sorten von Menschen.

Die **Belehrbaren** sind hauptsächlich unter den jüngeren Generationen anzutreffen, die mit Verständnis und Sinn für Technik und Motor, Bremsweg und ähnliche Fachbegriffe gleichzeitig das Gefühl für die ständig wachsende Gefahr des modernen Verkehrslebens verbinden.

Die **Unbelehrbaren** sind vor allem unter den alten Leuten zu finden (manche 30- bis 40-jährigen muß man freilich in diesem Sinne auch schon als alt bzw. unzeitgemäß bezeichnen). Sie rekurrieren sich vorwiegend aus den Fußgängern und den Benutzern der öffentlichen Verkehrsmittel. Diese Leute empfinden es als eine persönliche Beleidigung, wenn sie auch nur Bruchteile von Minuten irgendwo warten müssen, weil die öffentliche Verkehrsregelung oder der gesunde Menschenverstand es so vorschreibt. Sie haben eine krankhafte Wut gegen jeden Automobilisten, ja oft schon gegen jeden Radfahrer und vielfach auch gegen andere Fußgänger. Sie können sich absolut nicht hineinfinden in den Gedanken, daß mit Ruhe, Ueberlegung und gegenseitiger Rücksichtnahme jeglicher Verkehr auf dem Bürgersteige und dem Fahrdamm, auf Bahnhöfen und an Haltestellen sich reibungsloser und für alle Beteiligten gefahrloser abwickelt.

Auch in der Statistik drückt sich die Richtigkeit dieser Theorie von Belehrbaren und Unbelehrbaren aus. So meldet das Statistische Reichsamt, daß unter der Jugend im Schulalter nur ein Bruchteil der Unfälle vorkommt wie bei alten Leuten von 60 und mehr Jahren. Auf 100 000 Schüler im Alter von 5 bis 15 Jahren entfallen ungefähr 20 tödliche Unfälle, auf die alten Leute von 60 und mehr Jahren 100 bis 160! Der Bericht des Statistischen Reichsamtes sagt wörtlich: „Sehr stark zugenommen hat im Alter von über 60 Jahren die Zahl der Verkehrsunfälle, bei denen im Jahre 1928: 1160 Männer und 386 Frauen zu Tode kamen.“

Die dritte Sorte, die **Flegel**, wissen sehr genau Bescheid, sowohl über die gewaltige Kraft, die in einem arbeitenden Motor liegt, wie auch über die Schwierigkeiten für einen Radfahrer, in allen Situationen richtig die Balance zu halten, schließlich auch über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten für einen Fußgänger sowie über die menschlichen Schwächen und psychologischen Anzänglichkeiten in jedem einzelnen. Aber ganz gleich, ob sie am Steuer eines Kraftwagens, auf einem Motorrad, auf einem Tretwagen sitzen oder als Fußgänger die Bürgersteige und Fahrdämme bevölkern, diese Sorte Flegel stört und behindert mit absichtlicher

Rücksichtslosigkeit ihre Mitmenschen. Da wird gerast, geklingelt, gehupt, überholt, gekreuzt, nicht ausgewichen, natürlich vor allem geschimpft und geflucht. Und immer ist der andere schuld, nie der Flegel selbst, der momentane Ueberlegenheit und Vorteile dem anderen gegenüber in oft widerwärtigster Weise ausnützt. Und gerade die Flegel sind es, die oft Unfälle verschulden, ohne selbst davon betroffen zu werden!

Wer ist das Stiefkind des Verkehrs?

Ein Zwiegespräch.

Radfahrer: „Wir waren zuerst auf der Landstraße! Ihr habt euch nach uns zu richten!“

Automobilist: „Wir bezahlen die Straßen, auf denen wir fahren, und wir werden am schärfsten kontrolliert!“

Radfahrer: „Der Amtliche Präsidienst hat mitgeteilt, daß im Jahre 1929 im ganzen 226 000 Radfahrer, dagegen nur 217 000 Kraftfahrer wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft worden sind. Also ein Zeichen, wie die armen und wehrlosen Radfahrer daran glauben müssen, weil sie viel leichter greifbar sind als die Kraftfahrer.“

Automobilist: „Der Kraftfahrer muß eine gewaltige Maschine mit all ihren Zündungen, Hebeln, Ventilen, Schaltungen und dergleichen beherrschen. Er kann solch eine bewegte Masse voll elementarer Gewalt nicht völlig unabhängig meistern. Der Radfahrer hat sich selbst und sein Fahrrad jederzeit fest in der Gewalt, kann im Bruchteil einer Sekunde ausweichen, Biegungen machen, stehen bleiben, zur Seite springen. Trotzdem aber behindert er den von seiner Maschine abhängigen Kraftfahrer auf der Landstraße oft willkürlich und mit reiner Freude an der Störung.“

Radfahrer: „Zugegeben, so etwas gibt es manchmal. Aber meinen Sie wirklich, es gäbe mehr rücksichtslose Radfahrer oder mehr rücksichtslose Kraftwagenlenker? Der Automobilist hat stets das Gefühl der überlegenen Masse und Kraft sowie der höheren Geschwindigkeit für sich. Er wird stets den Radfahrer als etwas Minderwertiges, allenfalls als ein notwendiges Uebel empfinden. Wieviel Radfahrer sind schon verunglückt, weil Automobilisten in der Dunkelheit ihre Scheinwerfer nicht abblenden!“

Automobilist: „Und wieviel Automobilisten sind schon schwer oder gar tödlich verunglückt, weil Radfahrer abends oder nachts kein Licht brannten?“

Ein Dritter (dazutretend): „Ihr werdet euch nie einigen und nie befreunden! Sorgt beide mit vereinten Kräften dafür, daß auf allen Großstadtstraßen und auf allen Landstraßen besondere Radfahrwege angelegt werden. Dann hat jeder sein eigenes Reich, und keiner kann den anderen hindern oder stören!“

Zur Verbands-Invaliden-Unterstützung

Zahlreiche Anfragen aus Kollegenkreisen lassen es angebracht erscheinen, ausführlich auf den inzwischen an die Mitglieder gelangten nachstehenden Statuten-Nachtrag zur Invalidenunterstützung einzugehen:

Invaliden-Unterstützung

- 32. Mitglieder, die mindestens 60 Prozent erwerbsunfähig sind und eine staatliche Rente beziehen, können zu dieser einen laufenden Zuschuß erhalten.
- 33. Der Zuschuß richtet sich nach der Zahl der seit dem 1. Juli 1906 geleisteten Vollbeiträge.
- 34. Altersrentner (Mitglieder über 65 Jahre) werden den Invalidenrentnern gleichgestellt.
- 35. Alters- und Invalidenrentner, die nach § 4 Abs. 8 und 9 des Statuts beim Verbandsrat als mindererbwerbsfähig (Ehrenmitglieder) gemeldet sind und nachweislich mindestens 520 Vollbeiträge geleistet haben, erhalten die statutarischen Unterstützungssätze.
- 36. Den Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Mitgliedern wird, wenn ihr Lebensunterhalt von dem Verstorbenen bestritten wurde, im Falle der Bezugsberechtigung neben der statutarischen Sterbefall-Unterstützung einmalig der Betrag ausbezahlt, der der Jahressumme entspricht, die der Verstorbene im Falle der Invalidität erhalten hätte.
- 37. Krankenpfältern, Heilanstalten oder dritten Personen steht ein Anspruch auf die Verbandsinvalidenunterstützung nicht zu.
- 38. Mitglieder, denen staatliche, kommunale oder sonstige Stellen bei Gewährung von Unterstützung die vom Verband gewährte Invalidenunterstützung ausrechnen oder die von ihnen gewährten Unterstützungen kürzen, erhalten die Verbandsunterstützung nur bis zur Höhe, die eine Anrechnung ausschließt.
- 39. Die monatlichen Unterstützungssätze betragen:
 - nach 520 vollen Beiträgen 9,— RM.
 - nach 750 vollen Beiträgen 12,— RM.
 - nach 1000 vollen Beiträgen 15,— RM.
 - nach 1250 vollen Beiträgen 18,— RM.
- 40. Die Auszahlungen erfolgen am 15. des laufenden Monats.
- 41. Der Beitrag zur Invalidenunterstützung beträgt pro Kalenderwoche 10 Pfennig. Dieser ist in Verbindung mit der Erwerbslosenmarke auch von den Empfängern der Invalidenunterstützung zu leisten. In Arbeit stehende Rentner haben einen dem § 4 des Statuts entsprechenden Beitrag zu entrichten.
- 42. Der Beitrag für die Invalidenunterstützung wird auf die übrigen Verbandsunterstützungen nicht angerechnet.
- 43. Anträge auf Invalidenunterstützung sind unter Beifügung des Rentenbescheides der Versicherungsanstalt und des Mitgliedsbuches an den Verbandsvorstand zu stellen.
- 44. Die Unterstützung wird vom Tage des Rentenbezuges gewährt. Wenn der Antrag bei Beginn der Invalidität beim Verbandsrat gestellt wurde. Bei später einlaufenden Anträgen gilt der Tag der Antragstellung.
- 45. Bei vorübergehender oder dauernder Behebung der Invalidität tritt die Invalidenunterstützung auf die Dauer der Behebung außer Kraft, während das betr. Mitglied in seine sonstigen alten Rechte und Pflichten wieder eintritt.
- 46. Während des Bezuges von Invalidenunterstützung besteht ein Anspruch auf Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nicht.
- 47. Mitglieder, die aus Verbandsangelegenheiten in den Invalidenunterstützung nicht befreit werden, werden erst unterstützungsberechtigt, nachdem sie von den 520 Beiträgen der untersten Stufe mindestens 300 im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands geleistet haben.

Bestimmung für alle Unterstützungen

- 48. Alle Unterstützungen sind freiwillig. Ein Klagbares Recht auf dieselben steht den Mitgliedern nicht zu.

In Fortführung der bisherigen Bestimmungen über das Gesamtunterstützungswesen des Verbandes, die im § 5 des Statuts niedergelegt sind und von denen die Streitunterstützung die Absätze 1 bis 8, die Erwerbslosenunterstützung die Absätze 9 bis 27, die Notfallunterstützung den Absatz 28 und die Sterbefallunterstützung die Absätze 29 bis 31 umfaßt, beginnt die Invalidenunterstützung mit dem

Abatz 32, der besagt, daß 60prozentige Erwerbsunfähigkeit die Mindestgrenze für die Zulassung zum Bezuge der Unterstützung darstellt. Für diese Mindestgrenze kommen nur Unfalrentner in Betracht, während die Bezugsberechtigung bei der Invalidenrente erst mit der Erwerbsunfähigkeit von 66% Prozent beginnt.

Abatz 33 ergibt in Verbindung mit Absatz 39, daß seit 1. Juli 1906 mindestens 520 volle Beitragsmarken geleistet sein müssen, ehe die Bezugsberechtigung eintritt. Der Nachweis der seit dieser Zeit geleisteten Beiträge ist nicht immer ganz leicht, weil die Eintragungen und Uebertragungen in den Mitgliedsbüchern sehr häufig recht ungenau sind. So ist namentlich bei Uebertritten aus anderen Verbänden, insbesondere bei den Mitgliedern des ehemaligen Steinfehrverbandes, soweit sie schon vor dem 1. Juli 1906 organisiert waren, wohl die Gesamtsumme der vom Organisationsbeginn bis zum Uebertritt gelebten Marken angegeben, nicht aber die seit 1. Juli 1906 gelebten Marken. Mitunter lautet die Eintragung für die Beitragsleistung in abgelaufenen Büchern auch: „Die Beiträge waren ordnungsgemäß entrichtet“, ohne Angabe der Zahl der entrichteten Beitragsmarken. In solchen Fällen der Unnachweisbarkeit der Anzahl, der vor dem 1. Juli 1906 gelebten Marken tritt der Verbandsvorstand durch die Anrechnung von Jahresdurchschnittsleistungen helfend ein. Von der Voraussetzung ausgehend, daß in normalen Vorfrühszeiten durchschnittlich mindestens 40 Wochen pro Jahr gearbeitet und voller Beitrag geleistet wurde, werden für die vor dem 1. Juli 1906 liegende Mitgliedschaft pro Jahr 40 volle Marken von der gesamten Beitragsleistung in Abzug gebracht.

Beispiel:

„Ein Kollege ist seit 1. Januar 1900 organisiert und hat seit dieser Zeit bis zum 1. Juli 1930 1220 volle Beitragsmarken gelebt.“

Da wir wissen müssen, wieviel volle Marken der Kollege seit dem 1. Juli 1906 gelebt hat, so ziehen wir (wenn der Nachweis durch abgelaufene Mitgliedsbücher nicht zu erbringen ist) für die Zeit vor dem 1. Juli 1906 pro Jahr 40 volle Beitragsmarken von der Gesamtsumme von 1220 ab.

Vor dem 1. Juli 1906 liegen in diesem Falle 6 1/2 Jahre Mitgliedschaft, also kommen 6 1/2 Jahre mal 40 Beitragsmarken = 260 Beitragsmarken von 1220 in Abzug, bleiben 960 für die Invalidenunterstützung anrechnungsfähige Beitragsmarken. Mit 960 vollen Beitragsmarken würde der betreffende Kollege im Falle der Invalidität in die zweite Unterstützungsstufe mit 12 RM. pro Monat kommen.“

Abatz 34. Da alle gegen Invalidität versicherten Personen nach Ablauf des 65. Lebensjahres Invalidenrente beziehen (die Erfüllung der Anwartschaft vorausgesetzt) so ist dieser Absatz eigentlich überflüssig. Er ist in die Bestimmungen mit aufgenommen, weil auch in dieser Beziehung wiederholt Anfragen an den Verbandsvorstand gelangen.

Abatz 35 betrifft die mindererbwerbsfähig gemeldeten, teilweise vom vollen, teilweise auch vom Erwerbslosen-Beitrag befreiten Kollegen (Ehrenmitglieder). Diese können die Invalidenunterstützung beziehen, wenn sie die im Absatz 32 zur Voraussetzung gemachte staatliche Rente beziehen und seit dem 1. Juli 1906 mindestens 520 volle Beiträge geleistet haben.

Abatz 36 gewährt den Hinterbliebenen von tödlich verunglückten, invalidenunterstützungsberechtigten Kollegen, deren Lebensunterhalt von dem Verstorbenen bestritten wurde, neben der statutarischen Sterbefallunterstützung, einmalig den Jahresbetrag der ihrer Beitragsleistung entsprechenden Invalidenunterstützung, also 108 bis 216 RM.

Abatz 37 und 38 enthalten vorbeugende Bestimmungen. Sie sollen verhüten, daß Verbandsgelder ungewollten Zwecken zugeführt werden.

Abatz 39 regelt die Höhe der Invalidenunterstützung. Es sei nochmals darauf verwiesen, daß nur die seit dem 1. Juli 1906 geleisteten vollen Beiträge zur Anrechnung kommen. Nach dieser Berechnung betragen die monatlichen Unterstützungssätze

a) im günstigsten Falle (bei ständiger voller Beitragsleistung)

- nach 10jähriger Mitgliedschaft 9 RM.
- nach 15jähriger Mitgliedschaft 12 RM.
- nach 20jähriger Mitgliedschaft 15 RM.
- nach 25jähriger Mitgliedschaft 18 RM.

b) im Durchschnitt (bei 40wöchiger voller Beitragsleistung)

- nach 13jähriger Mitgliedschaft 9 RM.
- nach 19jähriger Mitgliedschaft 12 RM.
- nach 25jähriger Mitgliedschaft 15 RM.
- nach 31jähriger Mitgliedschaft 18 RM.

Ueber die 3. Unterstützungsstufe hinaus dürfen z. B. noch keine Kollegen berechtigt sein, es sei denn, daß sie ständig in Arbeit gefanden und immer volle Beitragsmarken gelebt haben. Im allgemeinen wird sich die 4. Unterstützungsstufe erst in den nächsten Jahren auswirken.

Abatz 40 sieht die Auszahlung der Unterstützung in der Mitte des Monats vor. Da die staatliche Rente zu diesem Zeitpunkt vielfach schon zur Reife gehen wird (weil sie am Anfang des Monats gezahlt wird), so dürfte der Verbandszuschuß in der Mitte des Monats gerade rechtzeitig kommen.

Abatz 41 regelt den Beitrag der Unterstützungs empfänger. Es erschien dem Vorstand nicht unbillig, auch ihnen den geringen Beitrag der erwerbslosen Kollegen aufzuerlegen, also z. B. wöchentlich 20 Pf. Von einer unbilligen Härte kann jedenfalls nicht gesprochen werden, weil die Empfänger der sonstigen Verbandsunterstützungen während des Bezuges die vollen Beiträge entrichten müssen. Da in Arbeit stehende Invalidenunterstützungsempfänger den statutarischen Beitrag zu entrichten haben, dürfte allgemein als gerechtfertigt angesehen werden.

Abatz 42 ist nur eine Ergänzung zu den die Erwerbslosenmarken betreffenden Bestimmungen.

Abatz 43 und 44 behandeln die Antragstellung der Invalidenunterstützung beim Verbandsrat. Ueber die Auszahlung der Unterstützung geht den Zahlstellen das erforderliche Material rechtzeitig (vor dem 15. Oktober) zu.

Abatz 45 sichert den Kollegen ihre erworbenen Gesamtrechte im Verbandsrat, wenn eine vorübergehende oder dauernde Behebung der Invalidität eintritt.

Abatz 46 schließt den Bezug von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung für Invalidenunterstützungsempfänger aus.

Abatz 47 sieht eine besondere Karenzzeit vor für Mitglieder, die aus Verbänden übertreten, in denen die Invalidenunterstützung nicht besteht. Diese Bestimmung macht sich notwendig, um einer mißbräuchlichen Benutzung dieses Unterstützungsweiges vorzubeugen.

Abatz 48 bezieht sich auf das gesamte Unterstützungswesen des Verbandes. Ebenfalls eine dem Mißbrauch vorbeugende Bestimmung.

Mit diesen Darlegungen glaubt der Verbandsrat die erforderliche Klarheit über die Bestimmungen der Invalidenunterstützung verbreitet zu haben. Natürlich ist er zu weiteren Auskünften jederzeit bereit. Etwa noch eingehende Anfragen werden in einem zweiten Aufsatz ausführlich behandelt werden.

Die Hauptsache ist, daß in Kollegenkreisen Klarheit über Rechte und Pflichten im Verband besteht, daß die Widerstände, die sich hier und da noch gegen die Verbandseinrichtungen zeigen, überwunden werden. Soweit die Invalidenunterstützung in Betracht kommt, gibt es jedenfalls kein überzogenes Regenerempel gegenseitiger Hilfe, als aus 10-Pfennig-Wochenbeitragszuschlägen 9 bis 18 Mark Monatsunterstützungssätze werden zu lassen.

Allerdings müssen auch die vollen Beiträge in der entsprechenden Weise von den in Arbeit stehenden Kollegen eingehen, wenn der Verband auf allen Gebieten aktionsfähig sein und bleiben soll. Die Invalidenunterstützung ist ja nur ein kleiner Teil des auf Solidarität aufgebauten Verbandswesens. Neben den anderen Unterstützungsweigen des Verbandes bleibt der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer noch das Hauptverdienst. Das beweist am besten der Ansturm des Unternehmertums und der gesamten Reaktion gegen die bisherigen Erwerbungschaften der Arbeiterbewegung.

Stärkung des Verbandes nach innen und außen, solidarisches Verhalten auf allen organisatorischen Gebieten sei daher die Losung — jetzt und allezeit.

Der Verbandsvorstand.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperzt:

1. Gau: In Steinhof-Königsberg, Pr., die Firma Otto Wecht, G. m. b. H., Jordanstraße 1/5. Die Firma zieht fremde Steinmehren heran und — zahlt nur Teillohn. Mancher Kollege ist schon um seinen sauer verdienten Arbeitslohn betrogen worden; darum Vorsicht!

4. Gau: In Gröningen die Firma Hermann Saal wegen Tarifbruch.

5. Gau: In Essen ist die Aussperrung der Steinarbeiter noch nicht aufgehoben. Steinmehren und Marmorarbeiter meiden deshalb den Ort.

11. Gau: Kiel. Arbeiten der Firma Jürgen Brandt-Rendburg, wegen Nichtzahlung des Lohnes. — In Cursbed-Neuengamme ist die Firma Gustav Jans (Straßenbau) nach wie vor gesperrt; sie zahlt nicht nach Tarif.

St. Margarethen (Schweiz). Trotz aller Warnung kommen immer wieder organisierte deutsche Steinhauer hierher, trotzdem St. Margarethen für Steinhauer gesperrt ist. Das ist unsinnig ist, dorthin zu fahren, beweist ein Brief eines Sperrebrechers an seinen Vater in Deutschland, in dem es heißt, daß der Betreffende fürs Essen allein 35 Frank die Woche bezahlte und trotz Blasen an den Händen nur 50 Frank verdiente.

Frankreich. In Kolmar (früher Elsaß) Streik der Steinmehren und Schiefer mit Erfolg beendet.

Zur Beachtung: Von Sperrern usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Die Kalksteinarbeiter von Wülfrath und Umgegend wurden des öfteren im „Steinarbeiter“ wie auch in dem kürzlich herausgegebenen Jahrbuch 1929 darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, wenn die Verbandszeitung lesenswert für jeden Kollegen sein soll, die einzelnen Mitglieder sich auch reger an der Mitarbeit beteiligen müssen. Dem Redakteur ist es einfach unmöglich, in jede Gegend hineinzusehen und daraus zu berichten. Wenn nun Klagen laut werden, daß die Verbandszeitung nicht bringt, was gewünscht wird, so liegt es tatsächlich an den Mitgliedern selbst, zur Aenderung beizutragen. Wir haben in Deutschland große vielseitige Steinbruchgebiete und bei besserer Konjunktur auch große Arbeitsstellen, über die so manches allgemein interessierende berichtet werden könnte, wenn nur unsere Kollegen allgemein nicht so schreibunlustig wären. Für heute etwas von den Kalksteinarbeitern in Wülfrath und Umgebung. Vielleicht spricht das andere mit an, desgleichen zu tun. Die Rheinisch-Westfälische Kalk- und Dolomitindustrie umfaßt 24 Betriebe mit 5400 Arbeitern, wovon nur 520 unserem Verbandsangehörigen sind, also noch nicht einmal jeder zehnte Mann gehört zu uns. Auf Grund dieser Organisationsverhältnisse ist es kein Wunder, wenn wir hier schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen haben. Trotz der schweren Arbeit steht der Stundenlohn auf 69 Pfennig bzw. 75 Pfennig für Facharbeiter. Daß ein Arbeiter, der mit solchen Löhnen abgefunden wird, keine großen Lebensansprüche haben darf, wird jedem klar sein. Aber auch bei den Akkordarbeitern ist der Verdienst keineswegs hoch. Zum Beispiel die Ofenarbeiter, Einseger und Kalkseger, die in einer Hitze von 40 bis 60 Grad arbeiten müssen, gehen mit Wochenlöhnen von 40 bis 50 Mark nach Hause. Für Steinbrecher und Bohrer ist der Verdienst ebenfalls nicht höher. Trotz dieser niedrigen Löhne will jetzt die Direktion die Akkordsätze kündigen, um einen Abzug vorzunehmen. So wurden die Akkordsätze für Einseger und Bohrer bereits am 4. Juli bei 14tägiger Frist gekündigt, weitere Kündigungen sollen folgen. Da taucht zweifellos die Frage auf an die Kalkarbeiter, wie wollen wir diesen Schlag auf den Magen, den uns der Unternehmer jetzt wieder verfehlt, abwehren? — Wir sehen also, wie notwendig es ist, die Organisationszerrissenheit und die Uneinigkeit aufzugeben und den letzten Mann für den Verband zu gewinnen. Ständen wir bereits geschlossen zu unserem Verbandsrat, dann bräuchten wir uns diese Hungerkur nicht auferlegen zu lassen. Im Wirtschaftsleben stellen wir Kalksteinarbeiter eine Notwendigkeit dar, denn Bauwesen, Eisenindustrie und andere sind an uns gebunden. Eine bessere Lebenslage könnten wir schaffen, wenn wir es nur verständen, uns selbst unter einer Führung zu konzentrieren, und zwar unter jener des freien Steinarbeiterverbandes. Es liegt also an uns Kalksteinarbeiter selbst, wie lange wir noch Schindluder mit uns treiben lassen. Bei gutem Willen und intensiver Verbearbeitung würden wir bald den letzten Außenleiter in unseren Reihen haben. Im Betrieb Wülfrath-Schlupfthohn, der eine Belegschaft von durchschnittlich 500 Mann zählt, hat man es in den letzten drei Jahren schon nicht mehr für nötig gehalten, einen Betriebsrat zu wählen, obgleich wir noch verschiedene Verbandskollegen in diesem Betriebe haben. Man erkennt an solchen Zuständen, die übrigens nicht vereinzelt sind, daß unsere Bewegung im rheinisch-westfälischen Kalkgebiet brach liegt. Das Tempo der Zeit verlangt von den Kollegen, nicht länger zuzusehen, wenn sie nicht noch weitere Verschlechterungen einstecken sollen. Darum, heraus zur Verbearbeitung für den Steinarbeiterverband. Befinnst euch, Kollegen, auf eure Kraft und eure Rechte. Ein Mitglied.

Kaiserslautern. Bei der Eröffnung des Postgebäudes Pirma-Jens wurde von der Oberpostdirektion Spener mit großen Worten auf die in der Pfalz zu errichtenden Postgebäude hingewiesen. Man sagte sich damals: Na, jetzt geht es los, jetzt gibts Leben im Handwerk. Aber man täuschte sich. Im gesamten Bauhandwerk, egal welche Berufsgruppe, merkt man soviel wie gar nichts.

Wenn das Hauptpostgebäude in Kaiserslautern so erstellt würde, daß es dem Geschmack und dem Charakter der hiesigen Kaiser- und Logenstrasse entsprechen würde, so hätten Hunderte von Arbeitern Verdienst. An einem Bau in solchem Ausmaß müßten mindestens 70 bis 80 Maurer ohne Hilfsarbeiter arbeiten. Die Maurer bräuchten den hier lagernden Bruchstein. Es würden dann in den Bräuden der Umgebung von Kaiserslautern sämtliche Steinbrecher und ziemlich alle Hilfsarbeiter Arbeit haben, auch die Steinhauer. Mit einem Wort, es würde Geld verdient und Geld umgelegt. Es wären mindestens 500 in Arbeit und von der Strafe weg.

Das Reichspostministerium und die Oberpostdirektion Spener haben auf eine Eingabe vom Februar 1929 erwidert: „wirtschaftliche und technische Gründe lassen es nicht zu, umfangreiche Steinhauerarbeiten zu verwenden.“ — Nun vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet würde das Exemplar rechnerisch ausgelegt dertart sein, daß die Summe, die Reich und Reichspost ersparen würden, eine ziemlich hohe wäre, wenn unsere Eingabe Annahme gefunden hätte. Es wären eine Menge Arbeiter, die Jahre lang dem Wohlfahrtsamt zur Last liegen, in Arbeit gekommen und wären später wieder in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung gekommen. Es würden Steuer und städtische Gebühren bezahlt und so die Allgemeinheit entlastet worden. Die Bauweise hätte sich trotzdem, man darf ruhig sagen, billiger gestellt, als in der Form, wie sie ausgeführt wird.

Die technischen Gründe, die angeführt wurden, werden wohl die sein, daß die Herren Oberregierungs-, Regierungs- und sonstigen Bauärzte sich nicht gerne auf den Hosenboden setzen, um großartige Entwürfe und Details zu zeichnen. Was geht diesen Herren das große Arbeitsloshen an? Wären von den akademisch Gebildeten in Reichspost- und -bahn weniger vorhanden, so würden schließlich die Steinbruchgebiete in der Pfalz auch für Postneubauten Verwendung finden. Dies ist die Wurzel allen Übels.

Man sagt mit einem gewissen Recht, wenn Reichs- und Staatsbauten für den vorhandenen Naturstein keine Verwendung haben, wie soll sich dieses Material in Privatbauten Eingang verschaffen. Es ist wirklich ein Hohn auf unseren einst so blühenden Beruf, der jetzt zur Untätigkeit verdammt ist. Aber auch dieses rächt sich einmal bitter.



Kollegen!
Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Verbearbeitung für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

32. Verbandstag der belgischen Steinarbeiter, geleitet vom alten Mitglied **La Lemand**, fand am 13. Juli im Volkshaus Brüssel statt. Wie gewöhnlich dauert der Verbandstag in Belgien immer nur einen Tag, die Tagesordnungspunkte, Anträge, eventuelle Beschlüsse sind bereits vorbereitet durch die einzelnen Provinzorganisationen, daß nur wenig Diskussion zur Klärung der schriftlich nicht zustandgekommenen Einigkeit noch notwendig erscheint. Etwa 100 Delegierte nahmen teil. Die Internationale war durch Kolb vertreten.

Aus den gedruckt vorliegenden Berichten, sowie den Ergänzungen des Verbandsleiters **Martel** ging hervor, daß die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen ist. Dies dürfte zum größten Teil auf verschiedene langdauernde Streiks zurückzuführen sein, wobei einige Hunderte Mitglieder in der Zwischenzeit ihren Beruf gewechselt haben. Es wurde beschlossen, in allen Distrikten erhöhte und umfassende Agitation einzuleiten und die Richtlinien dafür festgelegt. Die langdauernden Streiks, die großen Auszahlungen von Arbeitslosenunterstützung berücksichtigend, kam der Verbandsvorstand dazu, eine Erhöhung der Beiträge zu beantragen, gleichzeitig aber auch zu verlangen, daß endlich auch die Angestellten des Verbandes so bezahlt werden, wie dies andere Verbände auch befolgen.

Für den internationalen Steinarbeiterkongreß in Paris im Oktober wird eine rege Beteiligung zugelegt.

Als neu erscheint hier, daß endlich auch die Unternehmer Landesorganisationen bilden wollen, wobei sich die Kampfesfront der Steinarbeiter verschärfen wird.

Zu diesem mit vielen tabellarischen Statistiken versehenen Bericht setzte eine rege Diskussion ein. Sehr bedauert wurde, daß **Martel**, die Seele des Verbandes, demnächst als Bezirksstatthalter gewählt wird und dadurch dem Verbandsamt verlustig geht. **Martel** erklärte zwar, daß er trotzdem dem Verbandsamt vorstehen werde und ihm alle seine freie Zeit zur Verfügung stelle.

Dann wurde davon Kenntnis genommen, daß bei langdauernden Streiks Extrazulagen zu den Unterstützungen nicht mehr zu umgehen seien.

In der Beitragsfrage wurde beschlossen, vorläufig durch eine begründete Umfrage in allen Sektionen deren Gutachten einzuholen. Eine lange Diskussion entspann sich über die Forderung der maximalen achtstündigen Arbeitszeit. Hier wurden Bedenken geäußert, daß diese auf dem Lande den Mitgliedern nicht angenehm sei. Im Prinzip waren aber alle Delegierten damit einverstanden.

Beim Allgemeinen wurde darauf verwiesen, daß zur Zeit in Städten bei größeren Arbeitsvergeboten dem ausländischen Material der Vorzug gegeben werde, obgleich es an inländischem ebenbürtigem Granit, Kalkstein und Kalksteinen nicht fehlt. Es soll diesbezüglich die Regierung interpelliert werden.

Dann wurde noch die Frage der Ferien für Steinarbeiter, Ausbau der Sozialversicherungsgesetze besprochen. Aus der Tagesordnung des demnächst stattfindenden Landesgewerkschaftskongresses ist ersichtlich, daß vom Steinarbeiterverband, der die 7. größte Organisation in Belgien ist, verlangt wird, sich mit dem Bauarbeiterverband zu verknüpfen. In der Abstimmung wurde eine solche kategorische Zustimmung einstimmig zurückgewiesen. **K o l b.**

Bedingungen für die Reisaufträge. Nach einem Beschluß der Reichsregierung müssen die Firmen, welche zusätzliche Aufträge durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm erhalten, folgende Verpflichtungen eingehen:

1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge ohne Ueberstunden auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Lieferfristen gestellt werden.
2. Die Firmen müssen sich ferner verpflichten, sich die Arbeitskräfte, die sie zur Erledigung der zusätzlichen Aufträge einstellen, von Arbeitsämtern nachweisen zu lassen.
3. Die Firmen müssen sich schließlich verpflichten, für die zusätzlichen Aufträge nur inländisches Material zu verwenden, falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen.

Die Reichsbahn, die Reichsposte wollen ihren Lieferfirmen die gleichen Verpflichtungen auferlegen. Auch für das zusätzliche Wohnungsprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Länderregierungen ergangen. Die aufgestellten Bedingungen für Reisaufträge können auch von uns gutgeheißen werden. Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn zusätzliche Aufträge durch Ueberstunden erledigt werden.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

- Am 2. August in Mörungen (Ostpr.), um 17 Uhr, bei Ehrlichmann. Kollege Casper ist anwesend.
- Am 3. August in Märzdorf bei Ohlau (Schles.), um 10 Uhr, bei Ludwig. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Am 5. August in Mainz; Vollversammlung aller Branchen im bekannten Lokal zur üblichen Zeit.

6. Gau: Karlsruhe. Der frühere Kassierer der Zahlstelle Niederkirchen bei Kaiserslautern, **Joseph Schönamsgruber**, wird dringend ersucht, wegen ungeheurer Regelung seiner Verpflichtungen gegen den Verband, seinen jetzigen Aufenthaltsort der Gauleitung in Karlsruhe, Schützenstr. 16, bekanntzugeben, andernfalls werden deutlichere Bekanntmachungen an dieser Stelle erfolgen.

Altenstein. Steineher Ludwig Materna, wo befindet Du Dich? Komme Deinen Verpflichtungen der Zahlstelle Altenstein nach. Der Kollege befindet sich seit langem im Beitragsrückstände, und bittet die Zahlstelle, den Genannten zur Pflichterfüllung anzuhalten und ihn nicht erneut als Mitglied aufzunehmen.

Wurzen. Unsere Zahlstelle begehrt am 23. und 24. August d. J. ihr 25jähriges Stiftungsfest in Lüpitz bei Wurzen. — Den Nachbarzahlstellen bringen wir trotz schriftlicher Einladung dies nochmals in Erinnerung. Am Vorabend des Festes findet ein Kommerz statt unter Mitwirkung der Sänger und Turner von Lüpitz, sowie der Jugendakrobaten vom Turn- und Sportverein Frischhau Wurzen, wieder zur Laute und Rezitationen von Fräulein Gertrude Barth, Leipzig, u. a. m. Sonntag, 24. August, Weckruf! Vormittags Empfang auswärtiger Kollegen und Gäste, nachmittags 1/2 Uhr Festzug. Auf dem Festplatz Belustigung für jung und alt. Die Festrede wird unser früherer Verbandsvorsitzende Paul Starke, Wechselburg, halten. Von abends 6 Uhr ab Festball im Gasthof Lüpitz.

Selb. Der Steinmetz Hans Wendler, geboren 19. 1. 1904 zu Wunsiedel, eingetretens 11. 4. 1930 zu Selb, wird an seine Verpflichtungen gegen seinen Logiswirt erinnert. Um die Adresse von Hans Wendler bittet der Kollege Heint. Rauch, Selb (Oberfranken), Längenaue Straße 64.

Verlorene Mitgliedsausweise. In Goldberg das Verbandsbuch Nr. 113335 für Hermann Kasimir, Hilfsarbeiter. In Höchstädt Nr. 49230 für Adolf Söllner, Schleifer.

Grimma-Wurzen-Torgau. Der Bezirksleiter, Kollege Lohjan, ist vom 3. bis 13. August im Urlaub. Dringende Angelegenheiten während dieser Zeit sind an den Verbandsvorstand zu richten.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

Die Nazis gegen Arbeitsbeschaffung. In der Landtags-sitzung vom 23. Juli stand — so berichtet die Leipziger Volkszeitung vom 24. Juli 1930 — das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Sächsischen Regierung mit den von der Sozialdemokratischen Partei gestellten Verbesserungsvorschlägen zur Abstimmung. Die sozialdemokratischen Anträge waren in den Haushaltsausschüssen A und B mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen worden, weil die Nazis sich der Stimme enthielten. Man konnte gespannt sein, wie die Nazis im Plenum des Landtags stimmen würden. Da sie am Tage vorher, am 22. Juli, eine scharfe Abjage gegen die amtierende Regierung schied abgegeben hatten, lag die Vermutung nahe, daß sie für die sozialdemokratischen Anträge sein würden. Sie hatten sich aber inzwischen anders überlegt, denn sie stimmten gegen die sozialdemokratischen Anträge, so daß diese gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt wurden. Auf diese Weise wurde die Regierungsvorlage in den wesentlichen Punkten wieder hergestellt.

Das ergibt nun, daß für die Arbeitsbeschaffung bei Straßen-, Brücken- und Wasserbauten insgesamt 5,6 Millionen weniger beschlossen worden sind, als von der Sozialdemokratie beantragt wurde. Ebenso wurde mit Hilfe der Nazis der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, 8,55 Millionen Mark mehr, zusammen 15 Mil-

Gegenseitigkeitsvertrag

Nachstehender Vertrag wurde am 23. Juli zwischen dem Allgemeinen Niederländischen Bond von Arbeiters by Straten—en Wegenbou — Sitz Rotterdam und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands — Sitz Leipzig auf Grund des Statutes des Internationalen Steinarbeitersekretariates abgeschlossen:

1. Die Mitglieder der obengenannten Verbände haben sich dem Verbandsstatut des Landes anzuschließen resp. zu ihm beizutreten, in welchem sie die Arbeit aufnehmen. Arbeiten Mitglieder des niederländischen Verbandes in Deutschland, oder Mitglieder des deutschen Verbandes in Holland, so ist in der Regel der Uebertritt in den Landesverband zu vollziehen, wo die Arbeitsaufnahme erfolgt ist.
2. Der Uebertritt des Mitgliedes in den Verband des anderen Landes, in welchem die Arbeitsaufnahme erfolgte, ist kostenlos. Eintrittsgebühren sind für die Mitglieder beider Verbände bei dem Uebertritt von dem einen zum anderen Verband nicht zu bezahlen.
3. Ausgenommen von dieser Uebertrittspflicht sind nur diejenigen Mitglieder beider Verbände, welche als sogenannte Grenzgänger nicht länger als 4 Wochen in dem in Frage kommenden Lande beschäftigt sind, oder wenn sie als Funktionäre von Grenzzahlstellen des einen oder anderen Verbandes sich betätigen. Doch haben diese Mitglieder sich ebenfalls allen Beschlüssen des Landesverbandes, in dessen Gebiete sie in Arbeit stehen, zu fügen.
4. Jedes in Holland die Arbeit aufnehmende Mitglied des deutschen Verbandes, einschließlich der Grenzgänger, hat die unbedingte Pflicht, sich vor Aufnahme der Arbeit bei dem Hauptvorstande des niederländischen Verbandes schriftlich oder mündlich zu melden. Die Adresse des Hauptvorstandes des niederländischen Verbandes ist: P. Schoonderwoerd, Rotterdam, Stationsweg 55. Desgleichen haben sich die in Deutschland in Arbeit stehenden Mitglieder des holländischen Verbandes vor Arbeitsaufnahme sich bei der Gauleitung des Deutschen Verbandes, Georg Gante, Essen-W., Kölner Straße 10, mündlich oder schriftlich zu melden.
5. Der Uebertritt der in einem Lande tätigen Mitglieder des anderen Verbandes hat spätestens bis 4 Wochen nach der Arbeitsaufnahme zu erfolgen.
6. Das von einem in den anderen Verband übertretende Mitglied genießt sofort die Rechte und besitzt die Pflichten des Mitgliedes nach den Bestimmungen des Verbandsstatutes der jeweiligen Landesorganisation.
7. Die in jedem Lande arbeitenden Mitglieder der beiden vertragschließenden Verbände haben die unbedingte Pflicht, die von dem einzelnen Landesverbande abgeschlossenen Tarifverträge zu respektieren und genau einzuhalten.
8. Die Verbandsbeiträge sind an den Verband des Landes zu entrichten, in welchem das Mitglied tätig ist.
9. Die dem Verbandsstatut eines Landes geleisteten Vollbeiträge werden den Unterstützungseinrichtungen des anderen Landesverbandes nach den Bestimmungen des jeweiligen Verbandsstatutes zugrunde gelegt und im Unterstützungsfalle angerechnet.
10. Zur Unterstützung im gegebenen Falle ist auf Grund seines Statutes derjenige Verband verpflichtet, welchem das Mitglied bei dem Eintritte des Unterstützungsfalles angehört und bei welchem es vor Eintritt des Unterstützungsfalles die Vollbeiträge entrichtet hat.
11. Die Höhe und Dauer der Unterstützungen regelt sich nach den Satzungen des die Unterstützung auszahlenden Verbandes. Diese Satzungen sind auch maßgebend für den Ort der Auszahlung.
12. Die ausgezahlten Unterstützungen des einen Verbandes können nach erfolgtem Uebertritt von dem anderen Verbands entsprechend den Bestimmungen seiner Verbandsstatuten in Anrechnung gebracht werden.

(Folgen die Unterschriften.)

100000 Mark, für die werbeschaffende Arbeitslosen-fürsorge zu bewilligen; es ist nun bei den 6,4 Millionen für diese Zwecke geblieben.

Weiter wurde von den Nazis abgelehnt, 200000 Mark mehr für den Bau der Geburtshilfeabteilung im Krankenhaus Zwickau als Restbetrag einzustellen, mit dem statt für 150 Betten für 200 Betten Raum geschaffen werden sollte. Dafür bewilligten die Nazis 150000 Mark zur Instandsetzung der goldenen Pforte am Dome zu Freiberg.

Bei der Abstimmung über die Wohnungsbauanträge der Sozialdemokratie stimmten zwar die Nazis mit dafür, daß das beschlossene Wohnungsbauprogramm für 1930 mit 80000 Wohnungen durchgeführt werden soll, sie lehnten aber die Mittelbeschaffung ab, indem sie gegen die Aufnahme einer Staatsanleihe für den Wohnungsbau stimmten.

Abgelehnt wurden von den Nazis 100000 Mark zum Bau von Arbeiterwohnungen in den Bezirken Crottendorf und Neudorf. Ihr wahres Gesicht enthüllten die Nazis auch bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, bei den geplanten Notstandsarbeiten die Arbeitskräfte durch die Arbeitsämter zu vermitteln. Die Nazis stimmten dagegen, sie wußten warum, denn sie wollen die Arbeiter nicht durch die Arbeitsämter vermittelt haben, damit den Unternehmern die Möglichkeit bleibt, ohne jede Kontrolle Nazianhänger und Mitglieder, und wenn es sein muß, Streikbrecher einzustellen.

So hat also die Nazipartei, die sich zur Täuschung der Arbeiterschaft „Arbeiterpartei“ nennt, durch ihre Abstimmungen erneut bewiesen, daß sie in Wirklichkeit keine Arbeiterpartei, sondern eine Unternehmerhulustruppe ist. Die Arbeitslosen Sächsens können sich bei den Nazis bebanten, daß es bei dem unzulänglichen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung geblieben ist. Die sächsischen Unternehmer werden aus dieser Abstimmung erneut den Beweis erbracht sehen, daß sie mit den Nazis recht gut auskommen können, trotzdem diese sich in der Öffentlichkeit als Vertreter der Arbeiter aufspielen. — Diese Haltung der Nazis im neuen Sächsischen Landtag bestätigt, was kürzlich im „Steinarbeiter“ an anderer Stelle über diese „politische Partei“ mit der Maulquadrate gelagt wurde. Das Vorstehende läßt sich sehr gut im Wahlkampf für den Reichstag verwerten, denn es ist ihre „praktische“ Politik aus der jüngsten Zeit. Solche Leute wollen mit Hilfe von Arbeitern ein neues, und zwar „das III. Reich“ schaffen? Sagt sie zum Teufel mit ihren Phrasen!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Der VIII. Internationale Steinarbeiterkongreß tagt am 4. und 5., eventuell 6. Oktober 1930 in Paris. Tagesordnung: 1. Wahl des Tagesbüros. 2. Berichterstattung des Sekretärs. 3. Schaffung eines internationalen Kampfbüros. 4. Eventuelle Änderungen des internationalen Reglements. 5. Arbeiterschutz im Beruf. 6. Zollfragen. 7. Wahl des Sekretärs und der internationalen Kommission. 8. Verschiedenes.

Bei Punkt 5 wird die Frage der Berufskrankheit (Silikose: Staubkrankheit) behandelt. Hierüber wird u. a. Dr. Carozzi, Chef der hygienischen Abteilung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, referieren.

Fernunterricht. Am 1. Oktober d. J. beginnt der neue Fernunterrichtslehrgang 1930/31 der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin. Anmeldungen für diesen Lehrgang sind bis Ende August unter gleichzeitiger Angabe von Alter und Beruf, sowie über die Tätigkeit im Verband unter Befugung einer Begutachtung durch die Zahlstellen an den Verbandsvorstand einzureichen.

Verbandsmitglieder, die sich um die Teilnahme an einem Lehrgang der Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf und an der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. bewerben, müssen zuvor an dem von den einzelnen Schulen eingerichteten Fernunterricht mit Erfolg teilgenommen haben.

Adressenänderungen

4. Gau: Erfurt. Vorj.: Johannes Kruse, Gneisenaustraße 56.
6. Gau: Böblingen. Kass.: Max Meyer, Geislauren (Saar), Schulstraße 9.
7. Gau: Windischfeichenbach. Vorj.: Joh. Müller, Bahnhofstraße 232.
9. Gau: Buchenau. Vorj. u. Kass.: Karl Weigand, Bachstr. 9.
10. Gau: Regenborn (Kreis Holzminde). Vorj.: Karl Schmidt; Kass.: Karl Kassebeere, Nr. 3. — **Wernigerode.** Vorj.: Gustav Wastewitz, Wernigerode-Wülfenteichen.
11. Gau: Begeleit. Kass.: Hermann Storch, Osterholz-Scharmbeck, Hohenfelder Straße 23.

Briefkasten

Im Februar 1931 hat unser Verband einen vierwöchigen Kurkurs in Bernau, Schule des ADGB, belegt. Anfragen und Meldungen dieserhalb haben augenblicklich keinen Wert. Zu gegebener Zeit erhalten die Zahlstellen Nachricht durch eine Bekanntmachung im „Steinarbeiter“. Im übrigen wurde schon mehr als einmal im „Steinarbeiter“ aus verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen. Solche Hinweise sollen sich vor allem die Zahlstellenleitungen merken resp. sammeln, damit die briefliche Beantwortung von Anfragen unterbleiben kann.

Beschwerde? Nicht Schuld der Redaktion; die Zulchrift kam erst nach Blattschluß in unsere Hände, weil andre Adressierung. Größere Notizen sendet man auch nicht kurz vor Blattschluß.

Bücher und Zeitschriften

Das blaue Auge. Bücher des Humors sind besonders in den letzten Jahren ein begehrter Artikel geworden. Es ist begreiflich, daß auch die Buchergilde Gutenberg Berlin ihren Mitgliedern im Rahmen der vierteljährlichen erscheinenden unterhaltenden und belehrenden Bücher ab und zu ein lustiges Werk bietet. Es liegt im Wesen der Sache, daß Erzählungen heiterer Natur sehr selten einen Band vom Umfang der Buchergildenerwerbwerke füllen. Die meisten lustigen Bücher vorliegende „blaue Auge“. Die Auswahl ist vortrefflich. Es sind nicht nur lustige Erzählungen, auch die Satire und die Satire haben ihren Platz, manchmal wird die äußerste Grenze des Tragikomischen getreift, und immer ist eine tiefere Bedeutung vorhanden, eine Beziehung zu gesellschaftlichen Zuständen. Neben deutschen Autoren wie Karl Kinnert, Erich Kästner, Walter Appelst sind vertreten: Ignaz Herrmann (Tischgesellschaft), Odessa (Italien), Gracia Deledda (Italien), Guy de Maupassant (Frankreich), Ibanez (Spanien), Martin Andersen Nexø (Dänemark), Alexander Berg (Norwegen), Vera Zimber und J. Petroff (Rußland), Joe Corrie (England) und Henry Lawson (Australien). Das Ganze ist also ein Querschnitt durch die Weltliteratur heiterer Charakters. Seinen Titel verdient das Buch dem Umstand, daß es bei allem Humor und aller Heiterkeit dann und wann nicht ohne ein blaues Auge abgeht. Das vielseitige und mit Zeichnungen von Alfred Kubin geschmückte Buch wird überall eine begeisterte Aufnahme finden.

Anzeigen

Potsdam

Sonnabend, 9. August, um 20 Uhr, feiert die Unterzahlstelle Potsdam ihr 40jähriges Bestehen im Volkshaus-Mühlenberggrotte zu Potsdam, Augustastraße 18.

Für einen genußreichen Abend sind alle Vorbereitungen getroffen. Alle Kollegen sind hiermit zu der Veranstaltung herzlich eingeladen. O. Wegener.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 15.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., **Mauersocken** 1.20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.—, II 15.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis.

Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Steinau am 15. Juli der Bohrer Lui Andreola, 68 Jahre alt, Betriebsunfall.
 - In Arnsdorf am 16. Juli der Pflastersteinmacher Wilhelm Strauß, 45 Jahre alt, Magenoperation.
 - In Grünberg am 17. Juli der Steinsetzer Wilhelm Tietze, 62 Jahre alt, Herzschwäche, 4 Wochen krank.
 - In Grimma am 17. Juli der Pflastersteinmacher Ernst Winkler, 64 Jahre alt, Magenkrebs, 26 Wochen krank.
 - In Kirchenlamitz am 17. Juli der Steinmetz Johann Hartbauer, 66 Jahre alt, Gehirnschlag, 3 1/2 Jahr arbeitsunfähig.
 - In Hamburg am 19. Juli der Steinsetzer Johann Brüggemann, 72 Jahre alt, Wassersucht.
 - In Kirchenlamitz am 22. Juli der Steinmetz Christof Heinitz, 56 Jahre alt, Leberleiden, 6 Jahr 4 Monate krank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Gewerkschaftsbewegung als Kampfsobjekt

Natürliche und unnatürliche Gegner / Von Alexander Knoll

III.

Es ist ganz selbstverständlich und ohne weiteres erklärlich, daß das Unternehmertum dem Entstehen und der Entwicklung der Gewerkschaften von Anfang an nicht untätig zugehört hat. Es muß seinen Sachverwaltern sogar das Zeugnis ausgestellt werden, daß diese die Wirkungs- und Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften, oder wie sie es genannt haben: die „Gefahr“ der Gewerkschaftsbewegung, viel früher erkannt haben, als die meisten Arbeiter. Bei diesen ist der Klasseninstinkt erst sehr viel später so stark geworden, daß sich darauf eine starke Klassenbewegung aufbauen konnte.

Der Widerstand und die Feindschaft des Unternehmertums gegen die Gewerkschaftsbewegung ist vom Standpunkt der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge ohne weiteres zu erklären und zu verstehen. Nicht zu verstehen ist aber das hysterische Geschrei, das sich heute manchmal in einer gewissen Presse gegen solche Maßnahmen des Unternehmertums erhebt, die der Abwehr des gewerkschaftlichen Vorgehens gelten. Jedenfalls mit einer nüchternen und klaren Beurteilung des Klassencharakters der heutigen Gesellschaft ist solches Getue nicht zu vereinbaren.

Die ersten und primitivsten Maßnahmen des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften erschöpften sich darin, daß es sich bemühte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aus seinen Betrieben möglichst fernzuhalten. Es gab da verschiedene Arten dieser Abwehr. Man verfuhr dabei in der Art, daß man bei der Einstellung von dem Arbeiter eine mündliche oder schriftliche Erklärung verlangte, keiner Gewerkschaft anzugehören, oder daß man Arbeiter, von denen man feststellte, daß sie gewerkschaftlich organisiert waren, einfach entließ. Mitunter, ohne daß man ihnen den Grund der Entlassung angab. Bei dem schon erwähnten Zusammenarbeiten zwischen Polizei und Unternehmertum in den ersten Jahrzehnten der Bewegung war der Unternehmer zumeist immer über das Organisationsverhältnis seiner Arbeiter unterrichtet.

Sehr bald schon ging man dazu über, dieses Kontrollsystem über die organisierte Arbeiterkraft zu vervollkommen. So haben z. B. die Bergarbeiter lange Jahre hindurch unter dem System der sogenannten Abfahrtscheine gelitten. Jeder Bergarbeiter, der entlassen wurde oder seine Entlassung nahm, erhielt einen sogenannten Abfahrtschein, ohne den er in einem anderen Betrieb nicht eingestellt wurde. Aus diesen Scheinen war durch unheimliche, nur dem Eingeweihten kenntliche Merkmale in jedem Falle zu ersehen, ob sich der Inhaber in irgendeiner Weise mißlieblich gemacht hatte. Das galt insbesondere hinsichtlich einer etwaigen gewerkschaftlichen Betätigung und des Grades derselben. Ein so gekennzeichnete Arbeiter wurde auf keiner anderen Grube eingestellt.

Ähnliche Methoden der Achtung bürgerten sich auch in einer ganzen Anzahl anderer Wirtschaftszweige ein. Die Gewerkschaften haben jahrzehntelang einen äußerst harten Kampf gegen diese Unternehmertumsmethoden zu führen gehabt und zahllose Existenzen sind dabei auf der Strecke geblieben.

Ein anderes, sehr raffiniertes Kontroll- und Maßregelungssystem bestand in manchen Zweigen der Metallindustrie. Hier gab es keine gekennzeichneten Entlassungsscheine, sondern sogenannte Arbeitsnachweise, in denen über jeden Arbeiter, der jemals in einem der in Betracht kommenden Betriebe gearbeitet hatte, ein genaues Personalregister in Form einer Kartei geführt wurde. Die Kontrolle erstreckte sich auf die gewerkschaftliche, öfter auch auf die politische Tätigkeit des Arbeiters. Der Betrieb, der einen Arbeiter einstellen wollte, mußte diesen erst zu dem „Arbeitsnachweis“-Schreiben, wo an Hand der Kartei festgestellt wurde, ob er etwas auf dem Kerbholz hatte. War das der Fall, durfte er nicht eingestellt werden. Es ist nachgewiesen, daß auf diese Weise einzelne Arbeiter länger als ein Jahrzehnt verfehmt und geächtet waren, d. h. in ihrem Beruf keine Arbeit bekamen. Von dem System der Kontrolle durch gekennzeichnete Entlassungsscheine und der Kontrollbüros zum System der „Schwarzen Listen“ war nur ein Schritt. In der Tat gab es in einer ganzen Anzahl von Unternehmerrorganisationen solche Listen, in die alle diejenigen Arbeiter eingetragen waren, die sich infolge ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit mißlieblich gemacht hatten und die kein Unternehmer, der seiner Organisation angehörte, einstellen durfte; in den meisten Fällen war auf die Nichtbefolgung Ordnungsstrafe gesetzt. Das letztere war nun freilich mit dem schon erwähnten Paragraphen 153 der Gewerbeordnung nicht, ebensowenig mit § 152 Absatz 2, zu vereinbaren; aber darum hat sich in der Tat kein Staatsanwalt gekümmert. War doch der Zweck dieses Beginns ein durchaus „ordnungsparteilicher“, lediglich auf die „Erhaltung von Ordnung und Sittlichkeit“ gerichtet und genau so „gerechtigt“, wie die einseitige Anwendung der angeführten gesetzlichen Bestimmungen gegen die Arbeiterkraft.

Es hat das den gewerkschaftlichen Aufstieg zwar auch nicht verhindern können; aber naturgemäß ging dadurch doch mancher von den Besten seiner Gewerkschaft verloren, zumal wenn die so Verfehmten sich notgedrungen einem anderen Berufe zuwenden mußten, was nicht selten nur auf die Weise möglich war, daß sie den Wohnort wechselten. Aber das war ja auch gerade der Zweck der Werbung: die Agitatoren, die „Heher“ unschädlich zu machen.

Von dem hohen Ansehen, dessen sich die Streikbrecher bei der Polizei und vor Gericht zu erfreuen hatten, war schon die Rede. Es wäre daher verwunderlich gewesen, wenn sich nicht Elemente gefunden hätten, die diese günstige „Konjunktur“ auszunutzen verstanden. In der Tat geschah das denn auch. Es fanden sich eine Anzahl betrieblicher Leute, die das Vermitteln von Streikbrechern zu einem richtiggehenden Geschäftszweig entwickelten. Sie hielten zu diesem Zweck stets eine Anzahl dieser „nützlichen Elemente“, wie sie einmal an Gerichtsstelle genannt worden waren, auf Lager. Die „Geschäftshaber“ selbst waren moralisch höchst zweifelhafte Subjekte, zumeist schon mit dem Strafgesetz in Konflikt gewesen. Es ergab sich daraus — und natürlich auch aus der ganzen Natur des „Gewerbes“ — daß auch die „Arbeitskräfte“ dieser Seelenverkäufer aus demselben Holze geschnitten waren wie ihre Herren Vermittler. Es waren durchweg schiffbrüchige Existenzen, Lumpenproletariat der schlimmsten Sorte. Es konnte bei ihnen auch keine Rede davon sein, daß sie aus Unkenntnis gehandelt hätten. Sie mußten, daß sie Streikbrecher waren und ließen sich bewußt als solche gebrauchen. Aber ihre Haupttätigkeit bestand gar nicht darin, die Arbeitsplätze der Streikenden auszufüllen. Sie hatten sehr bald erkannt, daß sie sich auf andere Art sehr viel „nützlicher“ machen konnten — nämlich dadurch, daß sie Zusammenstöße mit den Streikenden herbeiführten — um so der Polizei Anlaß zum Eingreifen zu geben. Auf die Anlagengebaut kamen aber dann nicht diejenigen, die die Zusammenstöße provoziert hatten, sondern — die Streikenden, die in den meisten Fällen vorher schon von den Streikbrechern mit Waffen, Schlagringen, Dolchen und Revolvern bearbeitet worden waren. Einer dieser Streikbrecheragenten rühmte sich öffentlich seiner „Siebenmonatskinder“, die überall, wohin sie kamen, Zusammenstöße mit den Streikenden provozierten.

Es wurde schon erwähnt, daß die meisten Gerichte, die mit Prozessen aus der Tätigkeit dieser Streikbrechergarden befasst wurden, den Angaben dieses Gefindels ohne weiteres Glauben schenken und ehrliche, für ihre Klasseninteressen mit gesetzlichen Mitteln kämpfende Arbeiter fast in jedem Falle verurteilten, selbst wenn die Angaben dieser und ihrer Zeugen ganz anders lauteten. Oft genug liefen die Zeugen in solchen Prozessen, sofern sie zugunsten der Streikenden ausgingen, Gefahr, wegen Verdachts des Meineides prozessiert zu werden. Alles das geschah und ließ man geschehen

im Kampfe gegen die Gewerkschaftsbewegung, die sich ihrerseits streng an die geltenden Gesetze hielt und naturgemäß halten mußte. Allzulange hat sich dieses Streikbrechersystem allerdings nicht gehalten. Mit der Zeit fand das Unternehmertum darin doch verschiedene Haare. Die Herren gewerkschaftlichen Streikbrecher wurden nämlich infolge der Verhätzelung, die sie von allen Seiten erfuhren, sehr bald so frech und anspruchsvoll, daß dem Unternehmertum der Spieß doch zu kostspielig wurde. Daß man mit solchem Gefindel keinen Betrieb aufrechterhalten konnte, erkannte man ja am ersten Tage; man konnte auf das anständige Arbeiterelement doch nicht dauernd verzichten.

Trotzdem gab man den Kampf gegen die Gewerkschaften noch immer nicht auf. Es kam dann dem deutschen Unternehmer eine anscheinend rettende Idee aus Frankreich, nämlich die Errichtung „gelber“ Werkvereine. Hatte das System der gewerkschaftlichen Streikbrecherkolonnen versagt, so wollte man nun den Versuch machen, sich aus den Reihen der Arbeiterkraft selbst eine sichere Reserve zu schaffen. Man benutzte dazu einerseits das Mittel des wirtschaftlichen Druckes, zum anderen hatte man die Hoffnung, daß sich unter Millionen von Arbeitern doch genügend Wandelmütige und Charakterstarke finden würden, die sich gelegentlich gegen die Gewerkschaften gebrauchen ließen, insbesondere wenn man ihnen einige kleine wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellte. So kam es denn auch in Deutschland zur Errichtung solcher gelber Werkvereine. Sie kommen als Kampfmittel gegen die Gewerkschaften fast nur in der Großindustrie in Betracht. Gelegentlich hat man es auch im Steinbergewerbe und in einigen anderen handwerklichen Gewerben, in denen sich noch eine zünftlich-patriarchalische Tradition erhalten hat, versucht. Von ausschlaggebender Bedeutung sind sie hier in der Vorkriegszeit nie geworden.

Im Novemberabkommen von 1918 verpflichteten sich die Unternehmer, die gelbe Bewegung nicht mehr zu unterstützen. Sie haben dieses Versprechen längst vergessen. In den letzten Jahren hat das gelbe Element denn auch wieder zugenommen. Es ist heute stärker als in der Vorkriegszeit. Der Ursachen, die dieses Wachstum bedingen, gibt es verschiedene. Einmal ist es das Unternehmertum selbst, das die Sache heute zum Teil „großzügiger“ behandelt, zum anderen sind es die allgemeinen politischen Verhältnisse, die eine Zunahme begünstigen, als da sind: nationalsozialistische Bewegung, Stahlhelm und — kommunistische Bewegung. Gerade die letztere hat vielleicht den größten Anteil an der Zunahme der gelben Bewegung. Einwandfrei steht fest, daß es gerade ganze ursprünglich „gelbe“ Bezirke waren, die anfänglich zur kommunistischen Bewegung gestoßen sind und dann, als sie von dieser enttäuscht waren, wieder „gelb“ wurden. So rühmt sich der „Stahlhelm“, gerade im ehemaligen mitteldeutschen Aufstandsgebiet seine stärksten Arbeitertrupps zu haben. Zu diesen enttäuschten „Gelben“ kommen dann noch sicher Tausende von Arbeitern, die des ewigen Habers zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten müde sind und am besten Ruhe zu haben glauben, wenn sie sich in den Schutz der gelben Vereine, das heißt des Unternehmertums flüchten.

Trotzdem ist nicht zu befürchten, daß die gelbe Bewegung jemals eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen wird. Sie kann hier und da hemmend wirken, aufhalten kann sie den Gang der Ereignisse nicht. (Fortsetzung folgt.)

Die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses

Der internationale Gewerkschaftskongress in Stockholm stand an Bedeutung seinen Vorgängern sicherlich nicht nach. Im Gegenteil, von Kongress zu Kongress kann man die Beobachtung machen, daß internationale Gewerkschaftstagen ähnlich wie die Verbandstage der Gewerkschaften zu einer intensiveren Arbeitsmethode gelangen. In der äußeren Aufmachung unterschied sich der Stockholmer Kongress nur wenig von seinen Vorgängern. Alle angeschlossenen Landeszentralen waren vertreten, doch war die Zahl der Gäste größer als bei früheren Kongressen. In Stockholm waren alle fünf Erdteile vertreten. Die Gewerkschaften aus Japan, Kuba, Neuseeland, Australien, Britisch-Indien, Ägypten, Palästina, hatten Vertreter entsandt. Man darf hoffen, daß diese Vertreter überseischer Arbeiterverbände in Zukunft nicht mehr als Gäste, sondern als stimmberechtigte Teilnehmer auf internationalen Gewerkschaftskongressen erscheinen werden. Mit der Wahl von Stockholm als Kongressstadt hatte der IGB einen außerordentlich guten Griff gemacht. Die Gewerkschaftsbewegung Schwedens zählt zweifellos zu den besten aller Länder. Der Wohlstand des Landes ist auch bei den Gewerkschaften fühlbar. Das Verbandsvermögen der dortigen Gewerkschaften ist um ein vielfaches höher als das der Verbände in Deutschland. Von Gewerkschaften in Frankreich und anderen Ländern erst gar nicht zu reden. Wenn ein Land mit solch innerlich gefestigter Bewegung als Gastgeber auftritt, dann übt das auch auf die Verhandlungen einen gewissen Reiz aus. Was die Schweden ausboten haben, wird wohl bei späteren Gelegenheiten kaum übertroffen werden können. Die deutsche Vertretung auf dem Kongress war anders als ursprünglich vorgesehen, weil 8 Verhandlungsvorsitzende ihr Delegationsrecht wegen parlamentarischer Tätigkeit nicht ausüben konnten. Außerdem fehlte der Kollege Leipart als Vizevorsitzender des IGB. Trotzdem hat die deutsche Delegation die deutsche Gewerkschaftsbewegung gut zu vertreten vermocht, was besonders in dem Beschluß der Sitzverlegung nach Berlin zum Ausdruck kommt.

Der Tagung voraus ging eine Konferenz der Berufsekretariate. Es gibt im ganzen 28 internationale Zulammenkünfte der Berufs- und Industrieorganisationen. Das Verhältnis zwischen diesen und dem IGB ist noch nicht richtig geklärt. Der IGB baut sich auf den Landeszentralen auf. Auch die Gewerkschaftsbewegung des kleinsten Landes hat ihre Stimme, während die internationalen Berufs- und Industrieverbände nur beratende Stimme haben. Die Konferenz der Berufsekretariate nahm einen Antrag an, der auch vom Plenum des Kongresses gebilligt wurde, wonach der Vorstand des IGB beauftragt wird, die Frage zu studieren, inwieweit die internationalen Berufsekretariate in den Bau des IGB eingegliedert werden können. Außerdem wurde die neugebildete Internationale der Maschinisten gegen wenige Stimmen anerkannt. Der Vorstand des IGB hatte den Berufsekretariaten die Entscheidung hierüber überlassen.

Da der Vorsitzende des IGB, der Engländer Citrine, wie der Kollege Leipart wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war, lag die Leitung des Kongresses in den Händen der übrigen stellvertretenden Vorsitzenden Jouhaux-Frankreich, Mertens-Belgien, Tagerle-Tschechoslowakei und Jacobson-Dänemark. Den Vorsitz übte Jouhaux aus. Er hat den Kongress bei allen Zusammenkünften repräsentiert. Die Deutschen waren leider außer dem Kollegen Sassenbach als Generalsekretär im Büro des Kongresses nicht vertreten. Trotzdem muß anerkannt werden, daß Jouhaux den Kongress gut geleitet hat. Ein schnelles Arbeiten war dadurch ermöglicht. Man bedenke, daß die Verhandlungen auf internationalen Kongressen dadurch erschwert werden, daß jede Rede viermal gehalten bzw. übersetzt werden muß. Die Verhandlungssprachen waren: deutsch, englisch, französisch und schwedisch.

Die bedeutendsten Beschlüsse des Kongresses liegen in der Formulierung grundsätzlicher Fragen. Das Wirtschaftsprogramm des IGB lag in dem schriftlich erstatteten Referat Leiparts in seinen Richtlinien fest. Der Kollege Eggerz-Deutschland hat es übernommen, die Richtlinien zu erläutern. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Er ging aus von der Dringlichkeit in der Betätigung der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Wirtschaftsprogramm selbst baut sich auf die Neuorientierung der Weltwirtschaft auf. Es gliedert sich in zwei Teile, einem internationalen und einem nationalen Teil. Bei dem Ersteren tritt der IGB als Vertreter auf, während bei Letzterem die Landeszentralen als Vertretung zu gelten haben. Im internationalen Teil wird eine Kontrolle der Kartelle und Trusts, die Errichtung eines Wirtschaftsamts, Schiedsgerichtsbarkeit über die wirtschaftlichen Konflikte aller Länder untereinander, die Förderung des Güterausstausches usw. gefordert. Im nationalen Teil fordert das Wirtschaftsprogramm die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen der Rationalisierung, Förderung der Wirtschaft des Staates und der Gemeinden, besonders aber die Pflege der eigenen Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterschaft. Durch das Programm hat der Stockholmer Kongress vor allem Anspruch auf Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung erhoben.

Stellt man das Wirtschaftsprogramm des IGB als einen der bedeutendsten Beschlüsse heraus, so stellt sich das sozialpolitische Programm des Stockholmer Kongresses dem würdig an die Seite. Der Berichtstatter über diese Fragen war Mertens-Belgien. Das sozialpolitische Programm zerfällt in zwei Teile: in dem ersten wird gefordert eine umfassende Sozial-

versicherung bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, der Schwangerschaft, dem Unfall, bei Berufskrankheiten und dem Alter. Doch stellt die Entschliebung vorläufig noch nichts Endgültiges dar, vielmehr beauftragt der Kongress den Vorstand des IGB mit der Prüfung und der Ausarbeitung des vollständigen Programms unter Mithilfe der angeschlossenen Organisationen und nötigenfalls Sachverständigen. Vieles an diesem Teil des Programms hat für Deutschland nur theoretischen Wert, weil vieles von dem hierzulande bereits seit Jahrzehnten Wirklichkeit geworden ist. Es wäre aber zweifellos auch für uns von Vorteil, wenn die übrigen Länder nachkommen würden. Wichtiger ist der zweite Teil des sozialistischen Programms, der von der Frage der Arbeitszeit handelt. In der betreffenden Entschliebung wird festgestellt, daß das vor 10 Jahren formulierte Washingtoner Abkommen erst von einigen kleineren Ländern angenommen ist. Demgegenüber erinnert der Kongress daran, daß die Vervollständigung des Produktionsapparates und die Entwicklung der Organisation der Arbeit die Produktion in ihrer Gesamtheit und je Kopf der Bevölkerung beträchtlich erhöht hat. Deshalb spricht sich der Kongress für die baldmöglichste Einführung der 44-Stundenwoche als Etappe zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit für alle Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität aus. Dieser Beschluß über die Arbeitszeit soll für die Arbeiter aller Länder ein Fanal sein. Der Kongress hätte sich auch für die 40-Stunden-Woche aussprechen können; wenn aber festgestellt wird, daß das Washingtoner Abkommen nur erst wenig Annahme fand, so ist es taktisch klüger, sich auf eine realisierbare Forderung als Etappe festzulegen. Es wird nun darauf ankommen, inwieweit die Arbeiter und Gewerkschaften aller Länder den IGB in seinen Bemühungen in der Arbeitszeitfrage zu unterstützen in der Lage sind, sonst bleibt der Beschluß des Stockholmer Kongresses lediglich eine Forderung für die Zukunft, wie es die Forderung des Achtstundentages des Pariser Kongresses von 1889 jahrzehntlang geblieben ist.

Die Resolutionen über Krieg und Frieden und über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie sind für Deutschland nicht besonders aktuell, sondern stellen mehr eine programmatische internationale Forderung dar. Es wird Sache der Arbeiter in den Siegerstaaten sein, den überspizten Militarismus in ihren Ländern zu bekämpfen. Trotzdem ist auch für uns die Frage der Abrüstung und der Bekämpfung der Kriegsgefahr von großer Bedeutung, die wir selbstverständlich zu unterstützen haben.

Ein Erfolg für Deutschland ist die beschlossene Synchronisierung des Sekretariats nach Berlin. Der Stockholmer Kongress hat sich der Ansicht nicht verschließen können, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, daß das Sekretariat der größten Massenorganisation der Geschichte sich in einem kleinen Lande befindet. Es ist notwendig, daß der Kongress dort seinen Sitz hat, wo die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen ihre stärksten Wellen schlagen. Für die Synchronisierung nach Berlin stimmten in der Hauptsache folgende Länder: England, Schweden, Dänemark, Oesterreich, Schweiz, Ungarn, Deutschland und die deutschen Vertreter der Tschechoslowakei. Dagegen stimmten: Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Luxemburg und die Tschechen. Der Beschluß kam mit 55 gegen 30 Stimmen zustande. Außer den deutschen Stimmen war eine Mehrheit von 9 Stimmen vorhanden. Die Vertreter von rund 10 Millionen Mitglieder hatten für Berlin und die Länder mit rund 25 Millionen Mitglieder hatten für Amsterdam gestimmt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat mit diesem Beschluß eine große Verantwortung übernommen. Dieser Verantwortung wird sie sich würdig erweisen und das Sekretariat des IGB wird in Berlin einen erfolgreichen Arbeitsboden erhalten.

Nunmehr kommt es darauf an, das Generalsekretariat neu zu besetzen. Der bisherige Generalsekretär, unser Freund Sassenbach, will infolge seines Alters und der nunmehr beschlossenen Sitzverlegung seinen Posten unter allen Umständen verlassen. Er hat sich lediglich bereit erklärt, die Ueberleitung nach Berlin vorzunehmen und noch einige Monate auszuharren. Inzwischen soll ein neuer Mann von Ansehen und Format gesucht werden. Hoffentlich wird er bald gefunden, dann kann dieser mit seinem Stab seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen. Als Untersekretär fungiert der belgische Kollege Schewenels. Wir begrüßen schon heute die Spitze der größten Internationalen Arbeiterorganisation in Berlin und hoffen, daß eine gegenseitige Befruchtung der Arbeiten zu verzeichnen sein wird.

Es gilt noch, den Schluß des Kongresses besonders zu erwähnen. Der Kongressvorsitzende Jouhaux zeigte sich im Schlußwort noch einmal auf der Höhe des hinreichenden französischen Redners. Dann dankte er den schwedischen Freunden für die vorzügliche Gastfreundschaft und dem bisherigen Generalsekretär Johannes Sassenbach für seine Tätigkeit. Was dieser in den 10 Jahren für den IGB geleistet habe, sei in Worten kaum darzustellen. Wenn der IGB als Machtfaktor derartig in Erscheinung tritt, so sei dies in der Hauptsache Sassenbach zu danken. Nun kam eines der schönsten Momente, indem sich der Kongress erhob und Sassenbach eine stürmische Ovation darbrachte. Wir schließen uns dem Danke des Kongresses an Sassenbach mit vollem Herzen an und hoffen, daß der neue Generalsekretär in dem gleichen Sinne zu wirken in der Lage ist. Der gemeinsame Gesang der „Internationalen“ beschloß diesen Kongress der bedeutendsten Arbeiterorganisation der Geschichte.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Die alte Liese

Sie hat so viele lange Jahre Den Weg ins Dorf zurückgelegt. Jetzt ist sie alt, und grau die Haare, Wird aus Barmherzigkeit gepflegt. Sie zog und trug recht schwere Lasten, Als sie noch jung und lebensfroh, Da gab's kein Jagen und kein Hasen, Da war die Welt noch nicht so roh. Sie wußte nichts von kurzen Röcken, Noch Seidenflor und Crêpe de Chine, Sie wuschelte auch nie die Mode, Trug immer ihr Naturkostüm. Sie fuhr so oft das Mittagessen Für ihren alten Herrn zum Bruch. Er ist gestorben und vergessen, Es gibt ja junge Kraft genug. Die alten Augen werden trübe, Auch hinkt sie schon auf einem Bein. Bald stopft man sie vielleicht aus Liebe Zum Schluß noch in die Wurst hinein. Doch nein — so ging sie nicht von dannen, Ein Herzschlag endete ihr Sein, Im Steinbruch unter dunklen Tannen Grub man die alte Liese ein.

Jenny Horn.

Hausfrau, Arzt und Volksernährung

Von Dr. Kurt Kayser.

Die Hausfrau ist der Ernährungsminister jeden Haushaltes. Was das heißt, wird erst verständlich, wenn man hört, daß $\frac{1}{2}$ des Gesamteinkommens aller Deutschen für Ernährungszwecke durch die Hände der Hausfrau gehen. Als Verwalterin dieser Volksvermögens trägt somit die Hausfrau eine ungeheure Verantwortung, und ihre Aufgabe ist es, das ihr anvertraute Geld richtig zu verwalten, d. h. das schwer erworbene Geld für Ernährungszwecke so anzulegen, daß es für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Familienmitglieder nützlich und förderlich ist. Darum muß jede Hausfrau sich einige Kenntnisse auf dem Gebiete der Ernährungslehre erwerben. Das geschieht nicht durch gute Ratsschläge der lieben Nachbarin, das läßt sich nicht erlernen durch Rezepte aus dem Kochbuch, sondern hier muß der Hausfrau ratend und helfend vor allem derjenige zur Seite stehen, dessen Beruf es ist, Rezepte zu schreiben: der Arzt.

Die medizinische Wissenschaft hat gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf dem Gebiete der Ernährungslehre außerordentliches geleistet, wozu auch die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden erneut Zeugnis ablegt. Trotzdem ist vorausgeschickt, daß es auf die Frage „Wie ernährt man sich richtig“ keine für jedermann und für alle Verhältnisse gültige Antwort gibt.

Der Nahrungsbedarf des gesunden Menschen ist von einer großen Reihe von Faktoren abhängig: Alter, Klima, Arbeit auf der einen, Gewohnheit, Mode, Bequemlichkeit und nicht zuletzt der Geldbeutel auf der anderen Seite, sind einige der wesentlichsten Momente, die Art und Menge unserer Ernährung beeinflussen. Die Wissenschaft kann also nur Durchschnittswerte errechnen, die im Einzelfalle eine Anpassung an die besonderen, persönlichen Verhältnisse erfordern. Die Grundpfeiler unserer Ernährung bilden Eiweiß, Fett und Zuckerkörper (Kohlenhydrate), sowie Salze und Ergänzungsstoffe (Vitamine). Von ihnen dient nur ein kleiner Teil zum Aufbau der durch die Lebens-tätigkeit verbrauchten Körperbestandteile, der größte Teil wird im Körper verbrannt und spielt, ähnlich wie bei der Dampfmaschine, dabei die Rolle des Heizmaterials. Als Maß für die von einer Kost gelieferte Wärmemenge dient die sogenannte Kalorie. Da aber weder die Hausfrau, noch der Gastwirt seine Ware auszeichnet mit Angabe ihres Gehalts an Nährstoffen oder Kalorien, so ist der Hausfrau mit Zahlenangaben kaum gebietet, vielmehr wird da praktische Erfahrung oder im Einzelfalle besondere ärztliche Beratung notwendig sein. Ganz allgemein sei daher gesagt, daß unter hiesigeren Nahrungsmitteln die Hauptträger der Kohlenhydrate Brot, Kartoffeln, Mehl, Zucker, Gemüse und Obst sind. Das Brot deckt etwa ein Drittel des gesamten Kalorienbedarfs der arbeitenden Bevölkerung. Als Durchschnittsquantum können etwa 200 bis 300 Gramm pro Tag angenommen werden. Dabei erhebt sich sofort die gegenwärtig besonders interessierende Frage: Weißbrot oder Schwarzbrot d. h. Weizen- oder Roggenbrot?

Da der deutsche Boden nicht genügend Weizen liefern kann, und wir genötigt sind, jährlich aus dem Ausland 1,8 Millionen Tonnen Weizen für teures Geld einzuführen, muß ein gesteigerter Verbrauch von Roggenbrot zunächst im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Vom Standpunkte des Arztes aus ist zu sagen, daß Weißbrot und Roggenbrot für den menschlichen Körper ziemlich gleichwertig sind. Das Weißbrot wird von vielen bevorzugt, weil es angenehm schmeckt, sich gut ist und den Darm wenig belastet. Umgekehrt ist es ein Vorzug des Schwarzbrottes, daß es in den Kleibestandteilen wichtige Nährstoffe enthält, daß es Mund und Zähne durch stärkere Inanspruchnahme unserer Kauwerkzeuge besser reinigt und die Darmtätigkeit anregt. Man wird daher sich daran an, neben Weißbrot auch Schwarzbrot zu essen. Im übrigen ist aber, wie erwähnt, das Brot vor allem Träger der Kohlenhydrate und diese lassen es sich angenehm und abwechslungsreich auch in Gestalt anderer Nahrungsmittel zuführen.

Da Gemüse, richtig zubereitet, auch der Hauptvitaminträger unserer Nahrung ist, sollte sein Verzehr im Küchenzettel der Hausfrau eine weit größere Rolle spielen, als bisher. Auch hier muß aus volkswirtschaftlichen Gründen empfohlen werden, vor allem heimisches Gemüse zu kaufen, das durchaus nicht schlechter und nicht teurer ist, als ausländisches, wenn man nicht gerade „Erstlinge der Saison“ auf den Tisch zu bringen strebt.

Was für das Gemüse gilt, trifft in gleichem Maße für Obst-genuß und Obstverbrauch zu. Doch ist dabei darauf hinzuweisen, daß man Obst zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen stets gewaschen oder, wenn möglich, geschält verzehren muß. Schließlich sei auch der Zucker nicht vergessen, der eines unserer billigsten, heimischen Nahrungsmittel als Kohlehydratträger darstellt und durch die Vielseitigkeit seiner Verwendbarkeit in Getranken, in Kompotten, Mehlspeisen und Süßigkeiten einen viel größeren Verbrauch seitens der Hausfrau verdient.

Wie die Kohlenhydrate dienen auch die Fette im wesentlichen als Heizmaterial für den Körper. Kohlenhydrate und Fette können sich daher in hohem Maße gegenseitig vertreten. Da in dessen das Fett in unserer Nahrung ohne Körpererschädigung nie ganz fehlen darf, sei hier gesagt, daß wir im Durchschnitt 20 bis 70 Gramm Fett pro Tag, gleichviel in welcher Form, zu uns nehmen müssen. An Fett stehen der Hausfrau Butter, Schmalz, Margarine, Pflanzenfett und Öl zur Verfügung, wobei zu be-

* Hierher gehören vor allem Kartoffeln und fast sämtliche Gemüse.

tonen ist, daß gute Margarine in ihrem Fettgehalt durchaus der Butter ebenbürtig ist. Der Fettgehalt läßt uns auch den Käse für Ernährungszwecke besonders schätzen. Hier wechselt der Gehalt: Schweizer, Emmentaler, Tilsiter sind reicher an Fett als z. B. Harzer oder Quark aus Magermilch. Daß die Milch ein besonders hochwertiges Nahrungsmittel ist, das sämtliche Nährstoffe enthält, ist bekannt. Sowohl ihr Eiweiß- wie ihr Fettgehalt, außerdem aber auch ihr Reichtum an Vitaminen und Salzen, stempeln sie dazu. Wichtig vom Standpunkte des Arztes ist es, auf die Gefahren beim Genuß roher Milch, besonders auf die Ansteckung mit Tuberkulose, hinzuweisen und im allgemeinen den Genuß abgekochter Milch zu empfehlen.

Der größten Verhöhnung erfreut sich besonders in der heutigen Zeit, das Fleisch als Nahrungsmittel. Es ist zweifellos einer unserer wichtigsten Eiweißspender, aber zunächst nur einer. Es ist verhältnismäßig teuer und belastet nicht nur unseren Geldbeutel, sondern auch den Stoffwechsel, insbesondere mit überschüssiger Säure. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß der Sättigungswert des Fleisches groß ist und es sich durch seine rasche und bequeme Zubereitungsmöglichkeit ebenso, wie durch seinen guten Geschmack seinen Platz in der Küche erobert hat. Um den Fleischgenuß trotz bekanntlich auch heute noch der Streit der Meinungen. Soweit der Arzt dazu Stellung nehmen kann, muß mindestens einer Einschränkung resp. einem Ersatz durch andere Eiweißträger das Wort geredet werden. Hierher gehört vor allem der Fisch, insbesondere der Seefisch, dann aber auch Milch und Eier.

Auch in Fragen der Ernährung kommt es vor allem auf die richtige Mischung an. Die Kochkunst ist wirklich eine Kunst, und je mehr sie sich von der Mechanisierung unseres Zeitalters abwendet und eine persönliche, hausfräuliche Note annimmt, um so mehr wird sie dienen können der Gesundheit, der Volkswirtschaft und — dem Geldbeutel.

Vom verschwiegene Dertchen

Von R. C. Reiner

Wenn wir die luxuriöse Einrichtung des bewußten „verschwiegenen Dertchens“ in einer unserer neuen Großstadtmöhlungen, den Kleinstenbelag des Bodens, die gefächelten Wände und die prächtig funktionierende Spülvorrichtung betrachten und das alles als eine Errungenschaft neuerzeitlicher Kultur ansprechen, so befinden wir uns in einem Irrtum. Wie Ben Akiba sagt, ist alles schon einmal dagewesen; und er hat recht. Schon im Rom der Kaiserzeit sowie in denjenigen Großstädten, denen die römische Welt Herrschaft ihren kulturellen Stempel aufdrückte, gab es Aborte, die in ihrer Ausstattung auf der gleichen luxuriösen Stufe standen wie die Badehäuser, von denen ein jeder schon einmal eine Abbildung gesehen haben dürfte. Künstler im Bau gigantischer Wasserleitungsanlagen, gab es für die Römer keine Schwierigkeiten, die Aborte in den besseren Häusern und Palästen mit fließendem Wasser auszustatten. Ein Sieb aus würfelförmig aufgestellten Marmorplatten, dessen gemauerter Boden von ständig fließendem Wasser überpült wurde, ein marmornes Sitzrund als oberer Abschluß des Würfels, und das Ganze in einem mit prächtigen Mosaiken und Säulen geschmückten Räume.

Unverständlich, warum das Mittelalter diese hygienische Einrichtung nicht nachahmte bzw. nicht nachzuahmen vermochte, so daß sie, wie unendlich viele andere kulturelle Institutionen und Erfindungen aus der Antike, verloren ging. — Mehr als primitiv war das „verschwiegene Dertchen“ der mittelalterlichen Burgen, das nichts anderes war als ein weit ins Freie ragender Erker ohne Boden. Die Aussicht muß ja sehr schön gewesen sein, aber das war doch schließlich nicht der Zweck der Sache. Im Erfurter Schloß gab es freilich — o welch Luxus — eine richtige Kloake, die aber unglücklicherweise direkt unter einem großen Saale lag. Als hier im Jahre 1183 ein Reichstag abgehalten wurde, brachen unter der Last der Menschen die den Boden tragenden Balken und eine Menge Fürsten und Palladine stürzten in den unerfreulichen, nicht gerade appetitlichen Untergrund.

In den Städten benutzte man gemeinhin den Nachtkußl und jenen ominösen, Nachtpost genannten Gegenstand, den man der Einfachheit halber kurzerhand zum Fenster heraus auf die Straße entleerte. Der Zustand der Pariser Straßen zum Beispiel muß den überlieferten Berichten zufolge noch um das Jahr 1780 einfach fürchterlich gewesen sein, so daß endlich die Polizei einschritt und zur Empörung der Bürger die Entleerung der Geschirre aus den Fenstern streng verboten. Berlin ging zeitlich mit einem dertartigen Verbot voraus.

Auch in den französischen Schlössern, deren Prunk und Pracht an das Phantastische grenzt, muß es in dieser Hinsicht schrecklich hergegangen sein. Von so manchem französischen König wird berichtet, daß er vergeblich bemüht war, wenigstens geringe Reinlichkeit und halbwegs annehmbare Luft in seinem Domizil zu haben. Erst im Jahre 1695 wurden im Pariser Louvre Nachtstühle eingeführt. Das fand man nun aber wieder so luxuriös und schön, daß mancher der königlichen Prinzen seine Höflinge und Abordnungen einschließlic der Damen auf einem solchen Nachtstühle sitzend empfing.

Selbstverständlich sah es in unseren Berliner und Münchener Schlössern z. B. auch nicht anders aus, da Aborte nicht vorhanden waren und erst in neuerer Zeit eingebaut werden mußten. In den Gefolgezimmern des fredericianischen Schloßchens Sanssouci — links und rechts vom Hauptbau — kann man noch heute die unhygienischen Nachtstühle sehen, die in einem Verschlage untergebracht sind.

Ja, ja, sogar das „verschwiegene Dertchen“ hat seine Geschichte.

Gesundheitsdienst des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg.

HYGIENE



Beim Husten Taschentuch vor den Mund! Beim Niesen Taschentuch vor die Nase!

Originalzeichnung von H. Wellmann.

Feierabend

Wenn die grauen Schatten der Häuser sich wieder zu müdem Gruß berühren und die grellen Dissonanzen des hastenden Tages abebben, breitet unsere Sehnsucht ihre Schwingen aus, wie ein gefangener Vogel. Doch die Kette der Notwendigkeiten klirrt hinein in die trügerische Verheißung der überzähligen Harmonie des Abends, die uns vergessen machen will, daß dem Heut ein Morgen folgt, und daß dieses Morgen nichts anderes ist, als eine neue Masche in dem Netz der Ungerechtigkeiten, das wir Leben nennen. Die Zeit vergeht so schnell, unaufhaltsam rollt das Leben zwischen Aufgang und Untergang, fragt nicht Wünschen und Hoffen, Leiden und Sterben. Es läuft weiter, nicht schneller, nicht langsamer, denn zuvor. Und wir laufen mit.

Tausend Gesichter ziehen auf der Bahn, die auch die unsere ist, an uns vorüber. Ihr Schicksal berührt uns nicht, und doch spüren wir zuweilen wie Entgang uns Versäumnis, wenn unser Denken ausschließlich um das eigene winzige „Ich“ kreist, daß wir nicht wissen, wie dies Leben ausfiehet, das sie spielen.

Und doch eint uns alle das gleiche Joch der ehernen Gegebenheit, bohren wir uns alle auf dem gleichen Kreisbogen wieder grabwärts. Denn das ist das Leben:

Wir kommen, um zu sterben; jede Minute, die wir atmen, entfernt uns von dem Augenblick unseres Anfanges und nähert uns dem Augenblick unseres Endes. Raum geboren, sind wir schon mittendrin im Sterben. —

Wieder ist ein Tag verfliegen: er hat nichts Neues gebracht, nichts geschenkt, nicht einmal gedauert. Er hat nichts zurückgelassen, als ein Stück getane Arbeit und die Aussicht auf neues Tagwerk. Unser Organismus ist vergiftet mit Arbeit: wir „sind“ nicht mehr, wir „tun“. Und das ewige Band des „Tuns“ reißt niemals ab. Nicht einmal in der Nacht, denn wir ruhen nicht mehr „nach getaner Arbeit“, nicht um der Ruhe willen, sondern für das, was wir am nächsten Tag zu tun haben werden.

Und wissen nicht einmal, ob wir unsere Tage nicht verloren haben, sinnlos, zwecklos. Die Maschine der Menschheit rollt und rollt, aber sie läuft wohl um ihrer selbst willen. Niemand weiß, was sie überhaupt produzieren soll. Aber vielleicht ist gerade dieses Nichtwissen unser Reichtum, der ohne Vorbehalt sich selbst verschent.

In dem großen Orchester unseres Tages klopft die Maschine den nervösen Takt. Ein jeder von uns hat seinen Platz, hat seine Stimme. Die Summe unserer Energien befähigt den namenlosen Dirigenten dieser Symphonie dazu, aus dem babylonischen Sprachgewirr der divergierenden Stimmen das Leitmotiv herauszuklingen zu lassen. Bis es Abend wird, und ein jeder mit der leisen Mahnung des verklingenden Pianissimo im Ohr tagmüde sein Joch ablegt und sich in kindlichem Vertrauen einer silbernen Hoffnung in die Arme wirft.

Feierabend. Zwei Menschen sitzen vor ihrer Tür, Mann und Frau, in energie-entpannter Stummheit. Figuren, Kuppen an unierem Wege, und doch fühlend, hoffend, leidend... wie wir selbst. Vielleicht denken sie gar nichts, vielleicht an etwas Schönes, Tiefes, wer kann das sagen, denn was wissen wir schon von dem, der neben uns geht.

Keinem öffnen wir uns. Bis vielleicht einmal ein Gesicht seine Spur in unsere Seele zeichnet, eine Flut von Sonne über uns ausschüttet und einen goldenen Auftakt gibt für eine lange, lange Reihe müder Frohntage. Bis unser Leben ein Gesicht bekommt: dieses! Liebe nennen wir es.

Liebe, die uns Abnung einer neuen Wärme gibt, einer neuen Güte, und die unser Ohr erst erschließt der großen Symphonie Leben, in der wir zwar mitspielen, deren Klangrauschen aber über uns hinweg ging, statt in uns hinein.

Vielleicht ist es aber nicht ein Gesicht, das seine Züge in das Herz ritzt. Vielleicht ist es auch der große Jammer, die Not der anderen, oder das Joch, das sich über uns allen spannt.

Selbst am aufreißenden Geschehen, wenn das Heer der Arbeitsmüden nicht mehr blasses, totes Schemen ist, wenn die Beziehung des „Ich“ zum Nebenmenschen sich über die des Zuschauers zur reinen Mitmenschlichkeit erhebt. Wenn das „Ich“ zum toten Göken und das „Wir“ zum lebendigen Gott, aus Mitleid „mit-leiden“, aus Sorge „sorgen“ wird, die Kette der Notwendigkeiten nicht mehr lastende Bürde, sondern schmückende Zier ist und sich uns aus dieser Hingabe der wahre Sinn der Kostbarkeit erhellt, die unser Leben ist.

Wenn die grauen Schatten der Häuser sich wieder zu müdem Gruß berühren, halten wir Andacht in der Stille des Feierabends, wachsen weit hinaus über unsere erdgebundene Begrenztheit und werfen unsere Sehnsucht in die Sterne. C. R.

Du mußt der Erste sein!

Manchmal da sitzt du, niedergedrückt von deinen Sorgen, müde los und geduckt von deinem Schicksal, das immer gegen dich und deine Hoffnungen steht, vor deinem Hause, das nicht dein Haus ist und blinzelt in die Sonne. Du spürst, wie das Licht warm in deine Seele hineinströmt, wie alles in dir und um dich herum sich vergoldet, wie die Welt sich verschönt in soviel blinkendem Licht. Aber wie du all dieses fühlst, weißt du plötzlich, daß dieses das Einzige ist, was du tun kannst. In die Sonne blinzeln und dich über sie freuen. Du möchtest mehr tun, du spürst die Anruhe in dir, aber du kannst dich nicht erheben, du magst nicht fortgehen aus diesem Glanze, der als Einziges dir geblieben ist in dieser Welt, die mit Trübsal und Sorgen sich immer wieder dir in den Weg stellt. So wächst eine Leere in dir und ein Warten wird in dir groß, ein Warten auf irgend etwas, das du nicht kennst und von dem du nichts weißt. Du spürst nur, daß du wartest. Auf irgend etwas, auf das Glück vielleicht oder den Abend. Auf eine stille Freude, die dir erblühen soll oder auf eine Freundin. Auf eine bessere Zeit und auf eine Aufgabe für dich. Du wartest auf hundert Dinge und möchtest, daß ein anderer sie tut. Und weißt es nicht, daß du wartest auf diesen anderen. Vielleicht möchtest du, daß jetzt in diesem letzten Lichte der untergehenden Sonne, in dieser Flut schwimmenden Goldes, Massen heraufsteigen und an dir vorüberstreifen, du möchtest dich ihnen anschließen und mitgerissen von ihrem Strom die Welt aus den Angeln heben. Du spürst, daß du stark genug bist, um zu helfen an dem großen Werk, von dem du glaubst, daß es nötig ist, um die Menschen und die Dinge, die dich und alle anderen umgeben, besser zu machen. Aber du wartest vergebens. Das Glück kommt nicht vorüber um dich mitzunehmen. Kein Freund kommt und keine Freude. Es kommt auch kein Strom drängender Massen. Nichts geschieht. Nichts. Du blinzelt in die Sonne und die Sonne wird untergehen und dich in Nacht zurücklassen. Das ist das Einzige, was geschehen wird. Jeden Tag, jeden Abend. Und du wirst warten. Denn nichts wird geschehen, nichts kann geschehen, wenn du es nicht geschehen machst. Wenn du dich nicht erhebst und den ersten Schritt tust. Denn andere warten gleich dir. Sie werden dir folgen, wenn du voran gehst. Sie werden mit dir die Welt aus den Angeln heben, aber du mußt der erste sein.

Du darfst nicht warten mit deiner Bedrücktheit, deiner Angst und deiner Sorge. Du mußt aufstehen von deinem Platz, du mußt den Blick vorwärtsrichten, dahin, wo es Nacht werden will. Du mußt die Flamme schüren, die die Nacht erhellen soll, wenn die Sonne fort sein wird. Du mußt den ersten Schritt tun, denn du bist es, auf den die anderen warten. Du bist es, dem sie folgen werden, wenn du nur vorangehst. Und du wirst vorangehen; denn das ist die Anruhe in dir. Das ist es, worauf du wartest, während du in die Sonne blinzelt und an ihrem Licht dich erfreust. Das ist dein Weg, der dich fortführt und die anderen mitreißt aus dieser Welt der Trübsal und der Not in eine Welt der Freude und der Befriedigung, in eine Welt der Freiheit und des Lichtes. Erich Grisar.